



Niederschrift

16. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. November 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Haushaltsreden des Gemeinderates zum Doppelhaushalt 2026/2027

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und erteilt zunächst Herrn Stadtrat Cremer das Wort.

Stadtrat Cremer (GRÜNE), vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte beigeordnete Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sehr geehrte Kolleg*innen aus dem Gemeinderat, liebe Bürger*innen von Karlsruhe,

vergangene Woche wurde ich an meiner Arbeitsstelle in der Kantine von einem Kollegen angesprochen: „Ihr wollt uns unsere ergänzende Betreuung an der Schule wegnehmen!“ Der Satz war nicht böse gemeint. Zum Nachdenken hat er mich dennoch gebracht. Wie war das damals, als meine Kinder noch in Kita und Grundschule gingen? Das war eine anstrengende, herausfordernde Zeit. Meine Frau und ich, wir waren beide berufstätig. Ohne eine verlässliche Betreuung unserer Töchter wäre das nicht möglich gewesen. Heute machen sich Bürger*innen Sorgen, ob die verlässliche Betreuung der Kinder noch gewährleistet ist. Nicht nur sie: Sehr viele Menschen in Karlsruhe denken darüber nach, wie sich die knappen Finanzen der Stadt auf sie persönlich auswirken könnten.

Wir GRÜNE nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Angesichts der knappen Finanzlage der Stadt sehen wir es für uns als die wichtigste Aufgabe, gute Lösungen zu finden. Wir GRÜNE werden daran mitarbeiten, einen tragfähigen Haushalt zu erreichen. Dabei werden wir unsere Ziele GRÜNER Kommunalpolitik im Blick behalten: Unser Fokus liegt auf Klima- und Umweltschutz sowie Klimaanpassung. Wir wollen Karlsruhe nachhaltig als lebenswerte, vielfältige und soziale Stadt für alle Bürger*innen entwickeln.

Karlsruhe muss mit diesem Haushalt bereits die vierte Einsparrunde in Folge durchführen. Die Stadt Karlsruhe ist mit dem Problem nicht allein. Kommunale Haushalte sind im gesamten Land unter Druck. Viele Kommunen in unserer direkten Umgebung melden massive Probleme. So etwas kannten wir in Baden-Württemberg bisher noch nicht. Auch in Karlsruhe ist die Situation so angespannt wie noch nie. Wir mussten erstmals eine Haushaltssperre erlassen.

Die tieferen Ursachen für die schwierigen Finanzen liegen nicht in Karlsruhe. Bund und Länder haben den Kommunen in den vergangenen Jahrzehnten immer neue Aufgaben zugewiesen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben haben die Kommunen keine eigenen Einnahmen. Sie sind hierfür vielmehr immer mehr auf Zuweisungen von Bund und Ländern angewiesen, die in der Vergangenheit jedoch nicht in dem Maße gestiegen sind wie die Ausgaben. Die kommunalen Haushalte haben ein Ausgabenproblem, das vor allem durch die vom Bund zugewiesenen Pflichtaufgaben verursacht wird. Wir fordern von der Bundespolitik und auch von der Landespolitik, gemeinsam mit den Kommunen eine angemessene Finanzierung der Kommunen zu erarbeiten.

Die Kommunen sind das gesellschaftliche Fundament, auf dem wir Menschen unser Leben aufbauen und gestalten. Dieses Fundament trägt unser Leben buchstäblich vom Beginn bis zum Ende. Hier in Karlsruhe begann das Leben für meine jüngere Tochter mit der Geburt im städtischen Klinikum. Anfang des Jahres habe ich einen Freund bei seiner Beerdigung auf dem Hauptfriedhof betrauert.

Die Kommunen stellen die Versorgung mit Kitas sicher. Kommunen stellen den öffentlichen Raum, das „Draußen“ für unser Leben bereit, die Spielplätze, die Parks, die Wälder um die Stadt. Der öffentliche Nahverkehr ermöglicht den Menschen den Weg zur Arbeit. Die sozialen Dienste, getragen oder gefördert durch die Stadt, unterstützen die Menschen, wenn sie Hilfe benötigen. Mit Museen, Theater, mit der Förderung der freien Kultur tragen Kommunen zum Miteinander der Menschen in der Stadtgesellschaft bei. Mit der Förderung des Breitensports sorgen sie für eine wichtige Grundlage des Vereinslebens. Wenn ich von den vielfältigen Leistungen der Kommunen spreche, denke ich auch an die Leistungen der Bürger*innen. Ohne das ehrenamtliche Engagement der Menschen in Vereinen, in den Feuerwehren, in sozialen und kulturellen Einrichtungen würden Kommunen nicht funktionieren. Karlsruhe wäre keine so lebenswerte Stadt.

Wir GRÜNE wollen dafür Sorge tragen, dass die Stadt Karlsruhe ihre kommunalen Aufgaben erfüllt. Die strukturellen Finanzierungsprobleme der Stadt erfordern jedoch eine Reduzierung der Aufgaben. Wir alle werden die Einsparungen deutlich spüren. Es wird eine Verminderung in Umfang und Qualität bei der Erfüllung der kommunalen Aufgaben geben. Wir tun das nicht leichtfertig. Dennoch sehen wir keinen guten anderen Weg. Wir müssen bei den Veränderungen durch die Einsparungen auf die konkreten Fälle schauen. Dabei haben wir großes Vertrauen, dass die Mitarbeiter*innen der Verwaltung bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten alles darangesetzt haben, Lösungen zu finden, die gerade noch vertretbar sind. Auf Seiten der Betroffenen hat das Ergebnis der Einsparbemühungen vielfach anders gewirkt. Wir Gemeinderät*innen haben viele Zuschriften erhalten, viele Gespräche geführt, in denen konkrete Einsparungen deutlich kritisiert worden sind. Es wurde auf finanzielle Folgen für Familien hingewiesen. Es wurde vor Gefahren für Einrichtungen der freien Kultur gewarnt, vor den Auswirkungen für das Leben in der Stadtgesellschaft.

Wir GRÜNE sind nicht der Auffassung, dass die Einsparmaßnahmen der Verwaltung so unverändert mit dem Haushalt beschlossen werden sollten. Wir sind der Überzeugung, dass Anpassungen notwendig sind. Die Schwerpunkte müssen auf eine zukunftsgerichtete Stadt ausgerichtet werden. Auch wollen wir nicht, dass bewährte Einrichtungen schließen müssen. Dazu haben wir eine Reihe von Änderungsanträgen zum Entwurf des Haushalts und den Einsparmaßnahmen gestellt.

Dabei haben wir, ausgehend von den Werten GRÜNER Politik, unsere Leitlinien für die Haushaltsberatungen als Wegweiser genutzt. Wir nehmen die langfristigen Auswirkungen der Einsparungen in den Blick. Daher liegen unsere Schwerpunkte auf der Stärkung des Klima- und Umweltschutzes, der Klimaanpassung und auf dem Erhalt einer lebenswerten, sozialen und vielfältigen Stadt Karlsruhe für alle Bürger*innen.

Wir wollen Karlsruhe als lebenswerte Stadt auf einem lebenswerten Planeten bewahren. Wir können als Bürger*innen dieser Stadt in einem der reichsten Länder der Erde nicht erwarten, dass andere für uns beim Klimaschutz vorangehen. Aus diesem Grund haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Finanzierung des Klimaschutzkonzepts erhalten bleibt. Das Ergebnis sieht nun zwar eine Reduzierung der Mittel für laufende Ausgaben vor. Im Gegenzug werden dafür die Mittel für Investitionen in den Klimaschutz erhöht. Wir halten dieses Vorgehen für vertretbar, denn Klimaschutz bedeutet in ganz vielen Fällen, in klimafreundliche Lösungen zu investieren.

So sehr wir selbst uns beim Klimaschutz bemühen, so sehr sich die Weltgemeinschaft insgesamt beim Klimaschutz bemühen wird: der Klimawandel ist bereits da! Das global gesetzte Ziel, die Erderwärmung auf möglichst 1,5°C zu begrenzen, haben wir hier in Karlsruhe bereits überschritten. Die Klimaforschung geht derzeit davon aus, dass wir auf eine Erderwärmung von 2,8°C zusteuern. Dabei wollen wir GRÜNE betonen: die Zukunft ist offen. Wir Menschen haben es immer noch in der Hand, durch größeres Engagement beim Klimaschutz, die Erwärmung der Atmosphäre auf einen niedrigeren Wert zu begrenzen. Dennoch: Wir müssen uns an den Klimawandel anpassen, um Karlsruhe für alle als lebenswerte Stadt zu erhalten. Klimaanpassung ist eine soziale Aufgabe. Wir GRÜNE wollen nicht, dass in Karlsruhe nur diejenigen gut leben können, die sich eine vollklimatisierte Wohnung leisten können. Die Herausforderungen bei der Klimaanpassung der Städte sind enorm. Die Stadt Karlsruhe müsste jedes Jahr 30 Millionen Euro investieren, um die Stadt zukunftsgerecht und an den Klimawandel angepasst umzubauen. Wir GRÜNE fordern daher die Einrichtung eines eigenen Klimaanpassungsfonds. Klimaschutz und Klimaanpassung dürfen nicht in Konkurrenz zueinanderstehen.

Wir sehen es als Aufgabe unserer Zeit, die Stadt an die sommerliche Hitze anzupassen. Karlsruhe braucht viel mehr Stadtgrün. Asphaltierte und betonierte Flächen müssen entsiegelt werden. Unsere Stadt braucht deutlich mehr Stadtbäume. Dort ist die Herausforderung doppelt groß: Weil der Klimawandel die Stadtbäume unter Stress setzt, müssen immer mehr von ihnen aus Sicherheitsgründen gefällt werden. In den vergangenen Jahren haben wir mehr als doppelt so viel Bäume gefällt, als wir nachpflanzen konnten. Daher beantragen wir zusätzliche Mittel im Haushalt um mehr Bäume pflanzen zu können.

Konkrete GRÜNE Schwerpunkte im Haushalt

Karlsruhe ist trotz der derzeitigen Verluste bei Stadtbäumen eine grüne Stadt. Zwischen Schwarzwald, Kraichgau und Rhein gibt es eine große Vielfalt an Biotopen. Wir GRÜNE nehmen die Verantwortung für den Erhalt der Natur und Biodiversität sehr ernst. Karlsruhe hat sich zu einem Refugium für Insekten entwickelt, da die insektenfreundliche Mahd auf Initiative von uns GRÜNEN ausgeweitet wurde. Wir begrüßen es, dass hier keine Einsparmaßnahmen vorgesehen sind und im Bereich Naturschutz insgesamt nur sehr moderate Einsparungen vorgenommen werden sollen.

Der Klimawandel und die daraus erwachsenden Gefahren sind nicht die einzigen Bedrohungen, die zu akuten Gefahren für die Menschen in Karlsruhe führen können. Mitteleuropa ist bereits heute einem hybriden Krieg ausgesetzt. Tagtäglich geschehen Cyber-Angriffe. Ein Beispiel: Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld musste im Juli 2021 nach einem Cyber-Angriff den Katastrophenfall ausrufen. Die Stadt muss resilienter werden. Wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung für den Katastrophenschutzbedarfsplan nun nachgesteuert hat und bereits 2026 mit ersten Umsetzungsmaßnahmen startet. Zwar hätten wir uns ein noch rascheres Vorgehen gewünscht aber wir vertrauen hier auf die Planung und die Vorsorge der Branddirektion.

Die Vorsorge der Stadt ist auch deshalb notwendig, weil nicht alle Bürger*innen selbst vorsorgen können. Wir sehen, es gibt viele private Haushalte, die mit äußerst schwierigen finanziellen Bedingungen zu kämpfen haben. Laut statistischem Bundesamt waren 2024 in Deutschland rund ein Drittel der Haushalte finanziell nicht in der Lage, unerwartete höhere Ausgaben aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Dies zu ändern, ist nicht Aufgabe der Kommunalpolitik. Wir GRÜNE sehen es jedoch als unbedingt zu erfüllende kommunale Aufgabe an, dass die Stadt Karlsruhe ihre Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung der Teilhabe beibehält.

Getragen von einer breiten Mehrheit des Gemeinderates wurde in Karlsruhe über viele Jahre eine gute Sozialpolitik gemacht. Dies ist auch das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit der Stadt mit den Trägern sozialer Leistungen. Wir GRÜNE wollen Karlsruhe als soziale Stadt erhalten. Ein gutes Miteinander aller Bürger*innen funktioniert dann – und nur dann –, wenn allen Menschen Teilhabe ermöglicht wird.

Auch wenn es den Grundwerten GRÜNER Politik nicht entspricht, wird es nun zu einer Reduzierung der Standards der Sozialpolitik kommen. Durch einen intensiven Dialog mit Politik und Trägern sozialer Dienste konnten viele einvernehmliche Lösungen gefunden werden. Anstatt auf das Rasenmäherprinzip zu setzen, wurde geprüft, wo es Ersatzfinanzierungen geben könnte und wo sich Einsparungen weniger schädlich auswirken. Allerdings stellen wir auch fest, dass viele Träger sozialer Dienste eine Grenze erreicht sehen. Noch weiter als jetzt zu sparen, würde das Fundament der Sozialpolitik gefährden.

Wir GRÜNE sehen es als einen Erfolg, dass in einigen zentralen Bereichen der Sozialpolitik nur sehr moderate Einsparungen vorgesehen sind. So können Schutz von Gewaltopfern und Unterstützung für drogen- und alkoholabhängige Menschen weiter geleistet werden. Es bleiben die frühen Hilfen für die jüngsten Kinder, die Quartiersarbeit und die Sozialpässe im Wesentlichen erhalten. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Wir werden in diesem Bereich einige wenige Haushaltsanträge, vor allem im präventiven Bereich, stellen. Bei der Prävention zu sparen, würde sich sowohl für die betroffenen Menschen als auch finanziell für die Kommune negativ auswirken, die höhere Folgekosten zu tragen.

Die Kürzungen bei der Wohnungslosenhilfe müssen abgemildert werden. Hier beantragen wir, den Einsparbetrag um 70.000 Euro zu reduzieren. Bei den Ärmsten der Armen zu sparen, ist nur schwer begründbar.

Wir wollen, dass das niederschwellige Angebot der Hebammensprechstunden weitergeführt wird. Hier können sich Frauen in Situationen der Überforderung Rat holen, die keine direkte Betreuung einer Hebamme bekommen konnten. Das schützt die verletzlichsten Bürger*innen Karlsruhes: die Neugeborenen.

Für uns GRÜNE ist Bildungsentwicklung extrem wichtig. Alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von familiärem Hintergrund oder von Herkunft - müssen in gleicher Weise Zugang zu Bildungseinrichtungen haben. Sie müssen einen frühen Zugang zu Kindertagesbetreuung und zur frühkindlichen Bildung haben. Wir wollen die zunehmende Bildungsungleichheit nicht hinnehmen. Für uns ist es nicht Ordnung, dass einerseits mehr Schüler*innen einen hohen Bildungsabschluss erreichen und andererseits immer mehr ganz ohne Schulabschluss bleiben.

Wir fordern in einem Antrag, dass die Stadt Mittel für eine Kofinanzierung des Startchancen-Programms zur Verfügung stellt. In Karlsruhe sind 21 Schulen sogenannte Startchancen-Schulen, für die Bundes- und Landesförderungen abgerufen werden können. Diese Förderung kommt dabei besonders benachteiligten Jugendlichen und Kindern zugute. Dies ist für uns ein Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt.

Wir beantragen auch, die Streichung des AVdual-Programms zurückzunehmen. Dieses Programm wendet sich an junge Menschen, die nach der allgemeinbildenden Schule noch Unterstützung bedarf haben, sonst kommen sie nicht in den Beruf. Sie hätten sonst kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Für Familien kann es durch die Einsparungen zu einer kurzfristigen, spürbar höheren Belastung kommen. Die bisherige Geschwisterkinderbefreiung bei den Kitagebühren kann die Stadt finanziell nicht mehr leisten. Sie begünstigt Familien ohne Ansehen des Einkommens, also auch Familien mit Spitzeneinkommen. Von ihr profitieren aber nur diejenigen Familien, deren Kinder in relativ kurzem Abstand geboren wurden. Eine Familie, deren Kinder im Abstand von drei oder vier Jahren auf die Welt kommen, bleibt außen vor – selbst, wenn sie ein nur geringes Einkommen hat. Das ist für uns GRÜNE keine gut ausbalancierte Sozial- und Bildungspolitik. Seit Jahren fordern wir die Verwaltung dringend zum Handeln auf. Wir benötigen ein ausgeweitetes Modell für einkommensabhängige Kitabeiträge. Damit können diejenigen Familien gefördert werden, bei denen ein tatsächlicher Bedarf besteht.

In der Schule stehen wir GRÜNE für einen verlässlichen Ganztag mit hoher Qualität. Die Ganztagschule kann einen großen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt leisten. Deswegen hat sie für uns oberste Priorität. Außerdem gibt es künftig einen Rechtsanspruch für die Ganztagesbetreuung der Grundschul Kinder. Mit dem aktuellen Sparhaushalt können wir uns keine Doppelstrukturen wie den Erhalt der Horte mehr leisten. Vielmehr unterstützen wir die Planung für einen Ausbau des schulischen Ganztags und einen schrittweisen Übergang der Horte in ein modulares Betreuungssystem. Das kann für Eltern Veränderungen, wie den Wegfall der ergänzenden Betreuung an Ganztagschulen, bedeuten. Dabei bleibt jedoch das Versprechen bestehen: Für jedes Kind gibt es in dieser Stadt ein Angebot – ob Halbtage, modulare Betreuung oder gebundener Ganztage. Allerdings nicht unbedingt alle drei Modelle an der jeweils nächstgelegenen Schule. Auch das wäre finanziell nicht leistbar.

Schon heute haben wir eine erfolgreiche Kooperation von Schulen und Sportvereinen. Diese funktioniert aber nur, wenn die Vereine insgesamt gut aufgestellt sind. Die von der Verwaltung geplanten Streichungen beim Jugendzuschuss und bei den Übungsleiter*innen treffen die Vereine massiv und gefährden die bestehenden Angebote insgesamt. Wenn diese Zuschüsse wegfallen, trifft es neben den Vereinen erneut die Familien: Beiträge würden steigen, Angebote würden ganz gestrichen. Daher beantragen wir, dass im Sport

nicht mehr gekürzt wird als in anderen Bereichen. Der Jugendzuschuss und der Übungsleiter*innenzuschuss müssen als wesentlicher Teil der Sportförderung erhalten bleiben.

Toleranz und das gute Miteinander der Menschen ist für uns GRÜNE ein Wesensbestandteil des lebenswerten Karlsruhes für alle Menschen. Ungefähr jeder dritte Mensch in Karlsruhe hat eine Migrationsgeschichte. Im Jahr 2021 haben wir GRÜNE den Antrag zur kommunalen Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit gestellt. Damit haben wir einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass allen Formen der Diskriminierung entschlossen und wirkungsvoll entgegengetreten wird. Wir sehen es als Aufgabe von uns allen an, für strukturelle Diskriminierung zu sensibilisieren. Nur so werden wirksame Änderungen möglich. Vor allem begrüßen wir es, dass die Verwaltung nun endlich ein Amt für Vielfalt und Chancengleichheit schaffen wird. Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit muss als zentrale ämterübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden werden, genauso wie es als gesellschaftliche Aufgabe insgesamt verstanden werden muss.

Die Zahlen von Diskriminierung und Hasskriminalität gegen queere Menschen steigen leider besonders an. Wir freuen uns, dass sie im queeren Zentrum von QueerKastle einen Safe Space und Begegnungsraum finden. Dieses Angebot wollen wir erhalten. Zur besseren Sichtbarkeit von unterschiedlichen Lebensrealitäten schlagen wir einen Fonds für Vielfalt vor. Queere Menschen sollen frei von Diskriminierung, frei von Angst selbstbestimmt in dieser Stadt leben können - wie alle Menschen, unabhängig von sexueller oder geschlechtlicher Identität, Alter, Behinderung, Religion oder Herkunft hier teilhaben können sollen.

Die eigene Wohnung ist ein zentrales Element der sozialen Teilhabe. Bezahlbarer Wohnraum ist jedoch knapp. Der Karlsruher Wohnungsmarkt ist stark angespannt. Dies trifft vor allem Familien und Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen. Wir unterstützen die Volkswohnung als wesentliche Akteurin für die Bereitstellung und Schaffung von günstigem Wohnraum in Karlsruhe.

Wie in allen attraktiven Städten stehen uns immer weniger Baugrundstücke zur Verfügung, da Fläche ein endliches Gut ist. Aus verschiedensten Gründen ist es nicht realistisch, dass eine Vielzahl neuer Wohnungen auf der grünen Wiese entsteht. Daher müssen wir alle Potenziale im Bestand nutzen: Mit einer neuen Grundsteuer C wollen wir GRÜNE gegen Bodenspekulationen vorgehen. So werden innerstädtische, gut erschlossene, aber unbebaute Grundstücke höher besteuert und damit zügig ihrem eigentlichen Zweck zugeführt: dem Wohnungsneubau.

Genauso setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass vorhandener Wohnraum auch für das Wohnen genutzt wird. Mit einer Satzung, die die Zweckentfremdung verbietet, wollen wir Leerstand und einer Nutzung als Ferienwohnungen entgegenreten. Gerade die Nutzung als Ferienwohnung ist doppelt schädlich: Wohnraum wird dem Wohnungsmarkt entzogen und gleichzeitig leiden die Hotelbetriebe.

Diese wohnungspolitischen Instrumente sind kein Neuland. Vielmehr wollen wir, dass Karlsruhe von erfolgreichen Beispielen andere Kommunen lernt. Das gilt auch für den Wohnungstausch wie in Potsdam oder Modelle des Wohnens für Hilfe wie in Freiburg. Beim Thema Mobilität geht es uns GRÜNEN vor allem um Fairness. Ein Drittel der Karlsruher Haushalte besitzt kein Auto. Ein weiteres Drittel parkt in Garagen oder Parkhäusern. Nur das letzte Drittel parkt – meist kostenlos – im öffentlichen Raum. Letztere genießen

diesen Vorteil, aber alle Karlsruher*innen müssen auf die vollgeparkten Flächen verzichten. Für uns GRÜNE ist es eine Frage der Fairness, dass die Nutzung von öffentlichen Flächen angemessen bezahlt wird. Wenn Parken Geld kostet, würden zudem Autos abgeschafft oder auf privatem Grund abgestellt. Dann entstünde Raum für Neues, zum Beispiel für mehr Stadtbäume.

Deshalb unterstützen wir die Vorschläge zur Erhöhung der Parkgebühren und beantragen zusätzlich, dass auch bei öffentlichen Parkhäusern angemessene Einnahmen erzielt werden. Damit die Parkraumbewirtschaftung effizient und gerecht funktioniert, muss auch kontrolliert werden. Dafür beantragen wir die Anschaffung von Scancars. Es geht uns nicht darum, Bußgelder zu maximieren, sondern um Fairness und um Verkehrssicherheit: Falschparker*innen, die Sichtachsen versperren, gefährden alle. Scancars sorgen für Fairness, in dem sie den Anteil derjenigen steigern, die ehrlich ihre Parktickets ziehen.

Ein weiterer großer Posten im städtischen Haushalt ist die Verkehrsinfrastruktur. Eine zuverlässige Infrastruktur ist eine wichtige Grundlage für das Leben in unserer Stadt. In der aktuellen Haushaltslage ist es für uns GRÜNE daher vordringlich, die bestehenden Infrastrukturen zu erhalten. Wir beantragen deshalb, zunächst keine weiteren Mittel für die Vorbereitung des enorm teuren Projekts Südumfahrung Hagsfeld einzusetzen. Wir glauben nicht, dass die Realisierung ist auf absehbare Zeit finanzierbar wäre.

Es kann jedoch nicht sein, dass nur wenige Tausend Euro fehlen sollen, die für die Markierung von neuen Fahrradstraßen notwendig sind. Zu deren Umsetzung haben wir uns als Stadt verpflichtet. Deshalb beantragen wir, dass notwendige Mittel für die Markierung von Fahrradstraßen weiterhin bereitgestellt werden. Auch das ist für uns GRÜNE eine Frage der Fairness – schließlich werden in Karlsruhe etwa ein Drittel der Wege mit dem Rad und ein Drittel zu Fuß zurückgelegt und nur ein kleiner Teil mit dem Pkw.

Die Karlsruher Verkehrsbetriebe bilden mit ihren Straßenbahnen und Bussen das Rückgrat der Mobilität in Karlsruhe. Der ÖPNV bringt alle Menschen in Karlsruhe schnell und bequem von A nach B. Bus und Bahn sind dank Dauerkarten und Ermäßigungen für Inhaber*innen der Sozialpässe für alle erschwinglich. Daher ist es für uns GRÜNE unverhandelbar: Wir stehen zu unseren Verkehrsbetrieben. Wir haben im Gemeinderat immer wieder zu hören bekommen, das Angebot sei gut und deswegen zu teuer und dass die VBK drastisch sparen sollten. Das lehnen wir entschieden ab. Deutliche Verschlechterungen des Angebots zerstören einen ÖPNV. Mit uns GRÜNEN wird es keine massiven Einsparungen beim ÖPNV geben. Wir wollen, dass sich alle Karlsruher*innen weiterhin auf ihren ÖPNV verlassen können.

Karlsruhe hat eines der bestgenutzten Bikesharing-Systeme weltweit. Das System trägt zur nachhaltigen Mobilität bei und ist ein echter Standortfaktor. Bisher fördert die Stadt Karlsruhe das Bikesharing vergleichsweise großzügig. Der Förderbetrag sollte deutlich gekürzt werden – aber es wäre ein Fehler, die Ausschreibung des Bikesharing komplett einzusparen. Wir GRÜNE wollen diese Erfolgsgeschichte auch für die nächsten Jahre sichern.

Karlsruhe ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, weil die Menschen kulturell in allen Sparten zentral und dezentral aktiv sind. In Karlsruhe gibt es ein vielfältiges Kulturangebot und dadurch Unterhaltung, Inspiration und Denkanstöße. Viele Karlsruher*innen engagieren sich kulturell und schaffen Räume für Austausch, gesellschaftliche Weiterentwicklung und

Stärkung der Demokratie. Kultur ist ein Wirtschaftsfaktor. Sie lädt Menschen ein, die Stadt zu besuchen. Wir GRÜNE wollen die vielfältige und offene Kultur in Karlsruhe erhalten. Wir stehen zu unserem Staatstheater. Dabei begrüßen wir es, dass die Stadt, das Land und die Theaterleitung gerade mit hohem Engagement daran arbeiten, die absehbaren Mehrkosten durch die massiven Baupreissteigerungen wieder zu verringern. Wir GRÜNE stehen aber vor allem für die freie, vielfältige und bunte Kulturszene. Bei der Förderung einiger Institutionen der freien Kulturszene haben wir Änderungsanträge gestellt. Dort sehen wir die Einrichtungen an sich oder wesentliche Angebote in Gefahr. Das wollen wir verhindern. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Sicherung von Kulturangeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, bei der Kooperation von Schule und Kultur, der Projektförderung und insgesamt bei der Entlastung von unverkraftbaren Einsparungen. Auch halten wir es für wichtig, dass Karlsruhe sich offenhält, das Stadtmuseum weiterzuführen.

Die Notwendigkeit, im Haushalt massiv einsparen zu müssen, darf nicht dazu führen, dass Themen als unwichtig abgestempelt werden. Dies gilt nach unserer Überzeugung auch für den Tierschutz. Das Tierwohl muss auf allen Ebenen in den Blick genommen werden. Wir haben für die Schaffung der Stelle einer ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten gekämpft. Wir wollen, dass diese Aufgabe zumindest in kleinerem Umfang ausgestattet wird und so weitergeführt wird.

Wir Grüne wollen mit unseren Anträgen an einigen aus unserer Sicht wichtigen Stellen im Haushalt Veränderungen erreichen. Wir beantragen, auch einige Einsparvorschläge zurückzunehmen, werden aber gleichzeitig auch Vorschläge für weitere Einsparungen machen. Unsere Anträge werden jedoch insgesamt nichts am grundsätzlichen Charakter des Haushalts ändern. In Summe beantragen wir Mehrausgaben in Höhe von allenfalls einem kleinen einstelligen Promillebereich des Haushaltsentwurfs. Dieser Haushalt ist ein Sparhaushalt. Wir gehen diesen Weg mit, weil für uns GRÜNE alle Dimensionen der Nachhaltigkeit wichtig sind. Dies umfasst auch die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens öffentlicher Haushalte. Generationengerechtigkeit bedeutet für uns auch, der nachfolgenden Generation keinen erdrückenden Schuldenberg zu hinterlassen.

Wir warnen daher mit aller Deutlichkeit vor populistischen Versprechen, dass alle individuellen Wünsche ermöglicht werden könnten. Wenn man nur den Unsinn des Klimaschutzes sein ließe. Oder wenn man nur die Migration richtig beenden würde. Populistische, rechts-extreme Parteien, die dies fordern, konnten ihre Versprechen nie halten. Stattdessen führt solch ein Weg in die Zerstörung des gesellschaftlichen Miteinanders. Berührt ist dabei die Ausgrenzung und Schuldzuweisung an gesellschaftliche Minderheiten. Im Nationalsozialismus wurde den jüdischen Mitbürger*innen, wurde den Sinti und Roma, wurde homosexuellen Menschen oder Menschen mit Behinderungen und anderen Minderheiten die Verantwortung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme zugeschrieben. Solch einer Entwicklung treten wir GRÜNE im Ansatz mit aller Macht entgegen.

Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit allen demokratischen Parteien einen anderen Weg gehen. Dieser Weg ist mühsamer, weil er keine einfachen Lösungen vorgaukelt. Unser Weg bedeutet die Suche nach Kompromissen. Das ist das Wesenselement der liberalen Demokratie – auch im Ringen um einen Einsparhaushalt. Mit dieser Überzeugung werden wir GRÜNE uns in den Haushaltsberatungen für die Ziele GRÜNER Politik einsetzen: Wir setzen uns für Umweltschutz, Klimaschutz und Klimaanpassung ein und werden Karlsruhe nachhaltig als lebenswerte, vielfältige und soziale Stadt für alle Bürger*innen entwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN, Protestrufe auf der Zuschauertribüne)

Der Vorsitzende: Ich bitte darum, den Balkon zu räumen und oben einzuschreiten. Bitte verlassen Sie den Raum.

Wir unterbrechen die Sitzung bis dort oben die Damen und Herren gegangen sind.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:04 bis 16:06 Uhr)

Der Vorsitzende: Wir können die unterbrechende Sitzung fortsetzen. Ich bitte um etwas Ruhe. Ich rufe auf die Haushaltsrede der CDU-Fraktion von Frau Stadträtin Meier-Augenstein. Bitteschön.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU), vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Karlsruher Pass – gestrichen. Förderung der freien Kunst- und Kulturszene – eingestampft. Klimaschutzkonzept 2030 – abgeschafft. Schwimmbäder und Stadtmuseum – geschlossen. Soziale Quartiersentwicklung, Sportförderung, Städtepartnerschaften, Jubiläen, Förderprogramme für Wirtschaft, Start-ups, Tourismus – eingestellt. Neue Investitionen gestoppt und verschoben. Diese Liste mit Beispielen ließe sich beliebig fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, all das und noch viel mehr droht, wenn Karlsruhe keinen genehmigungsfähigen Haushalt erreicht. Dann werden die Auszahlungen für all das gestoppt und am Ende übernimmt das Regierungspräsidium das Ruder. Natürlich arbeiten dort keine Unmenschen, aber das Regierungspräsidium folgt keinem politischen Ziel, sondern allein der Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit unserer Stadt. Noch nie in meiner mittlerweile 26-jährigen Tätigkeit als Stadträtin der CDU-Fraktion standen wir so nah vor der Haushaltsaufsicht wie in diesem Jahr.

Nur um in die Nähe der Genehmigungsfähigkeit zu gelangen, müssen pro Jahr 80 Millionen Euro eingespart werden. Und selbst wenn uns das im Dezember gelingt, sind wir alles andere als nah dran an einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt.

Die finanzielle Schieflage ist dramatisch. Laut den aktuellsten Zahlen des statistischen Bundesamts hat Karlsruhe eine pro-Kopf-Verschuldung von 10.893 Euro. Auf keiner anderen Stadt in Baden-Württemberg lasten so hohe Schulden. In absoluten Zahlen: 3,36 Milliarden Euro – im Kernhaushalt inkl. Eigenbetriebe, Kassenkredite usw. 3,36 Milliarden Euro – ein immenser Schuldenberg. Deutschlandweit liegt Karlsruhe mittlerweile auf Platz 6 der höchsten pro-Kopf-Verschuldung – Derzeit. Denn wenn wir uns die Top-10 der am höchsten verschuldeten Städte ansehen, ist die Verschuldungsdynamik bei uns mit 10,8 Prozent zusätzlichen Schulden gegenüber dem Vorjahr mit Abstand am schnellsten.

Auf die Einwohner gerechnet, liegen Pirmasens, Ludwigshafen und Kaiserslautern mit im Schnitt 11.700 Euro pro Kopf auch noch vor uns. Die Frage ist nur: teilen wir die gleichen Bedingungen? Natürlich muss die Antwort lauten: Nein. Denn diese Städte sind teilweise strukturschwach, schleppen Altschulden aus der Vergangenheit mit sich, und haben eine

andere Bevölkerungsstruktur. Aus eigener Kraft werden es Pirmasens und Kaiserslautern vermutlich also nicht schaffen, wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Das alles trifft auf Karlsruhe – zum Glück – nicht zu. Wir sind eine größere, wirtschaftlich stärkere Stadt mit guter Steuerbasis, mit mehr Unternehmen, einer besseren finanziellen Ausstattung und einer stabilen, heterogenen Bevölkerungsentwicklung. Karlsruhe profitiert von seiner geographischen Lage, der guten Infrastruktur, den wichtigen Investitionen der Vergangenheit, der Nähe zu Universitäten und Forschungseinrichtungen usw.

Aber: Wir in Karlsruhe leisten uns alles: Wir leisten uns, gesetzliche Standards beim Bauen freiwillig um mindestens 30 Prozent überzuerfüllen. Wir helfen bei der Erstellung von Bebauungsplänen für Industriegebiete in Indien, obwohl Entwicklungshilfe erstens keine originär städtische Aufgabe ist und obwohl wir zweitens mit der Abarbeitung unserer eigenen Bebauungsplanverfahren nur im Schneckentempo vorankommen. Im Unterschied zu den Eltern im Landkreis garantieren wir den Karlsruhern im U3- und Ü3-Bereich eine Betreuung, die sie teilweise nur halb so viel kostet, während es im Landkreis überhaupt keinen Geschwisterkindzuschuss gibt. Und wir gestalten den Personalschlüssel so, dass wir die vielzitierte beitragsfreie Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz qualitativ um Längen hinter uns lassen, weil wir auf die Betreuungs-Empfehlungen des KVJS noch eins drauflegen. Bei der qualitativen Ausgestaltung der Ganztagesbetreuung haben uns die wissenschaftlichen Empfehlungen des Kultusministeriums ebenfalls nicht ausgereicht, sondern wir haben es mal wieder besser gewusst. Gegen die Stimmen unserer CDU-Fraktion hat der Gemeinderat ein Paket geschnürt, das pro Jahr dreißig Millionen Euro zusätzliche Kosten verursacht – ohne dass wir bei den Themen Infrastruktur oder Personal auch nur annähernd mithalten können.

All das leisten wir uns, obwohl bereits seit vielen Jahren absehbar ist, auf welches Haushaltsdefizit wir zusteuern. Als CDU-Fraktion haben wir immer wieder darauf hingewiesen und deswegen in der jüngeren Vergangenheit immer wieder auch Haushalte abgelehnt. Daher müssen wir heute erneut sagen: so einiges können wir uns nicht mehr leisten. Wir sollten zusammenstehen und Kurskorrekturen vornehmen. Wir können nicht weiter das kommunale Füllhorn ausschütten, als gäbe es kein Morgen – sonst stehen wir bald mit leeren Händen da. Wir fordern: Keine freiwillige Übererfüllung gesetzlicher Vorgaben, sondern Konzentration auf das Notwendige.

Gesamtwirtschaftlich hat sich die Stimmung in Deutschland seit einiger Zeit eingetrübt: Trumps Zölle, Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, Fehlentscheidungen der vorherigen Ampelregierung mit der Opposition in den eigenen Reihen, mangelnde Kommunikation und Zwist bei der jetzigen Bundesregierung. Die Gründe sind bekannt. Auch wenn sich jetzt die ersten Hoffnungsschimmer am Horizont andeuten, wird noch einige Zeit vergehen, bis sich die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft auch im Karlsruher Haushalt bemerkbar macht. Uns selbst, wenn die Wirtschaft in Deutschland wieder anspringt, wird es in Karlsruhe also noch weiter bergab gehen. Die aktuelle Steuerschätzung führt für unsere Stadt zwar zu einer kleinen Verbesserung, sie sorgt aber nicht für den erhofften Befreiungsschlag. Auch aus dem Sondervermögen des Bundes erhalten wir wichtige Infrastrukturmittel – trotzdem ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Daher ist nahezu kein Gestaltungsspielraum vorhanden: Die Investitionen in Baumaßnahmen beschränken sich auf Fortsetzungen bzw. auf den Aus- und Umbau von Ganztagesgrundschulen, zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind.

Allen jährlichen Aufwendungen in Höhe von 1,86 Milliarden Euro stehen auf der Ertragsseite im Jahr 2026 nur 1,81 Milliarden Euro gegenüber. Das liegt zum einen, wie schon erwähnt, an zurückgehenden Steuereinnahmen – und insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer, bei der der Planansatz nach der Steuerschätzung sogar noch weiter nach unten korrigiert werden musste – Aber zum anderen auch daran, dass Land und Bund konsequent gegen das Konnexitätsprinzip verstoßen. Zum Beispiel beim ÖPNV, dessen Defizit sich bis 2030 auf mindestens 140 Millionen Euro pro Jahr belaufen wird. Eine Trendwende wird ohne Abstriche bei Taktung, Fahrplänen und Personal wohl kaum absehbar sein – auf Kosten der Verkehrswende und unserer Bürger. Und das wird dann auch für uns unglaublich schmerzhaft. Das Defizit liegt nicht nur an unserer Kombilösung, die für unsere Stadtentwicklung unglaublich wichtig ist, sondern vor allem an einer strukturellen Unterfinanzierung durch Bund und Land. Die Einführung des Deutschlandtickets ist für uns Bürger eine tolle Sache, aber unser KVV muss endlich den vollständigen finanziellen Ausgleich dafür erhalten.

Mangelnde Berücksichtigung großstädtischer Interessen kann man der Landesregierung auch bei der Ausgestaltung des Mobilitätspasses vorwerfen. Nachvollziehbar sollen die Unternehmen im Land nicht noch mehr Lasten tragen, daher wurde die Option der arbeitgeberseitigen Finanzierung des Mobilitätspasses im Vorhinein gestrichen. Das bedeutet nun aber, dass, wenn die Abgabe kommt – und so manche Fraktion scharrt hier ja schon mit den Hufen – dann können entweder nur alle Karlsruher oder nur alle Karlsruher Kfz-Halter belangt werden. Aber auf die knapp 133.000 Arbeitnehmer von außerhalb, die hier jeden Tag aus der Pfalz, dem Landkreis und Pforzheim nach Karlsruhe pendeln, wird so keine Abgabe fällig, die unserer Stadt zugutekommen könnte. Dann müssen es eben wieder die Karlsruher ausbaden – und ein Stück weit auch die Verwaltung, die individuelle Beträge berechnen muss, wenn zum Beispiel auch der Besitz des Deutschlandtickets angerechnet werden kann. Wir wollen kein bürokratisches Monster und sind auch daher gegen die Nahverkehrsabgabe. Mit uns wird es keine neuen Steuern und Abgaben geben.

Ganz ehrlich müssen wir uns auch beim Badischen Staatstheater fragen, wie zeitgemäß der Staatsvertrag aus dem Jahr 1956 noch ist. Damals wurde ausgehandelt, dass sich Land und Stadt jeweils 50 Prozent der Kosten teilen. Das geht heute einfach nicht mehr, zumal das Land und Stadtverwaltung die Kosten bei diesem Bauprojekt von Anfang an nicht kontrolliert und im Blick hatten. Die Kosten für die Sanierung und die Erweiterung explodieren und liegen schon bei weitaus mehr als einer halben Milliarde Euro – aber Karlsruhe kann es sich natürlich auch nicht leisten, dass im Herzen der Stadt eine Bauruine zurückbleibt. Wie meinen wir müssen dringend mit dem Land reden.

Kommen wir zum Bereich der sozialen Daseinsvorsorge. Bei der Eingliederungshilfe/Bundesteilhabegesetz wird die Stadt laut Haushaltsplan in den nächsten zwei Jahren knapp 250 Millionen Euro aufwenden – die Kostenerstattung beläuft sich jedoch nur auf 31 Millionen Euro. Hier lassen uns – und alle anderen Kommunen - Bund und Land quasi völlig im Regen stehen.

Eine Never-ending-Story ist auch die unzureichende Investitionsfinanzierung bei unserem Städtischen Klinikum durch das GRÜN-geführte Sozialministerium. Jahr für Jahr müssen wir die unzureichende Mittelausstattung ausgleichen: mit einem Verlustausgleich in Höhe von mittlerweile 25 Millionen Euro. Seit Jahren investieren wir deutlich mehr Geld in unser Klinikum als das Land, obwohl das überhaupt nicht unsere Aufgabe ist. Aber für uns am Ende

der Nahrungskette gibt es keine Alternative: Das Städtische Klinikum ist kein Nice-to-have, sondern als Maximalversorger eine absolute Notwendigkeit für alle Karlsruher – und trotzdem werden wir systematisch schlechter gestellt als die Unikliniken, die nur aufgrund ihres Titels bekanntlich vom Land finanziert werden. Die Mehrzahl der Patienten kommt nicht einmal aus Karlsruhe, sondern aus der ganzen Region. Auch aus diesem Grund fordern wir eine maßgeblich finanzielle Unterstützung.

Im nächsten Jahr finden Landtagswahlen statt. Es bleibt abzuwarten, ob die nächste Landesregierung erkennt, dass Baden-Württemberg nicht nur aus ländlichem Raum besteht, sondern auch aus Großstädten wie Karlsruhe, das als Oberzentrum wichtige Aufgaben für die ganze Region übernimmt. Ich hätte mir auch lautere Stimmen der bisherigen GRÜNEN Direktabgeordneten in Stuttgart gewünscht. Denn wie sehr uns überall und vor allem beim Klinikum der Kettel brennt, scheint sie bisher kaum interessiert zu haben.

Trotzdem reicht es bei aller Liebe nicht aus, darauf zu hoffen, dass uns Bund und Land schon irgendwie retten werden – oder dass alles einfach so weitergehen kann. Dafür gibt es viel zu viele Baustellen. Wir müssen jetzt gegensteuern: nur so entgehen wir der Haushaltsaufsicht. Ein „Weiter so“ wäre fatal.

Unsere Gesamtaufwendungen belaufen sich auf 1,86 Milliarden Euro pro Haushaltsjahr. 460 Millionen Euro, also fast ein Viertel, wenden wir für Personalkosten auf, die trotz kluger Strategien wie ausbleibende Stellennachbesetzungen usw. aufgrund von Tarifanpassungen immer weiter steigen bis 2027 auf 474 Millionen Euro, wodurch sämtliche Einsparbemühungen in diesem Bereich aufgefressen werden. Weitere 20 Prozent der Gesamtaufwendungen sind mit mehr als 400 Millionen Euro die freiwilligen Leistungen, die in manchen Bereichen dynamisiert sind und daher ebenfalls steigen. Davon finanzieren wir völlig sinnvolle und für uns quasi unverzichtbare Dinge, wie den Karlsruher Pass, unsere vielfältige Kunst- und Kulturszene, freiwillige Projekte der sozialen Daseinsvorsorge, Teile der Wirtschaftsförderung, Klimaanpassungsmaßnahmen und alle anderen liebgewonnenen Dinge, die nicht ausgezahlt werden können, wenn wir keine Genehmigungsfähigkeit erreichen.

Daher komme ich jetzt zum Eingemachten und zu der Liste mit den vielen hundert Einspar- und Ergebnisverbesserungsvorschlägen der Verwaltung. Zunächst möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ämter und Dienststellen danken, die in sich gegangen sind und die vielen Vorschläge erarbeitet haben. Darüber hinaus gilt mein großer Dank dem Team der Haushaltssicherung, der Stadtkämmerei und unserer Finanzbürgermeisterin für die Koordination dieses herausfordernden Prozesses.

Nichtsdestotrotz will ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass die Haushaltsberatungen für uns ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte ebenfalls eine große Herausforderung sind – und zwar schon in der Vorbereitung. Teilweise mussten wir uns die Informationen selbst zusammensuchen, teilweise konnten wir sie nicht finden. Ein Beispiel: Im Dezember sollen wir Ihnen, Herr Oberbürgermeister und Frau Sportbürgermeisterin, die KSC-Dauerkarten streichen. Ja gut, aber auf welcher Seite des Haushaltsplans finden wir diesen Posten? Vor allem: Auf welchen Seiten hätten wir ihn in den Jahren zuvor finden können? Was finden wir da denn sonst noch zwischen den Zeilen? Die Kosten für die jetzt vorgeschlagene Reduzierung von Festnetztelefonen beim Zoo jedenfalls nicht. Die Frage ist: Wie sollen wir als Fraktion Vorschläge machen, wenn wir keine detaillierten Einblicke

bekommen? Uns liegen der Haushaltsplan-Entwurf und die Liste mit Einspar- und Ergebnisverbesserungsvorschlägen vor, die eigentlich unumgänglich sind, wenn wir einen genehmigungsfähigen Haushalt erreichen wollen. Haben wir daher überhaupt noch eine Wahl?

Seit zwei Doppelhaushalten wartet unsere Fraktion darauf, dass die von uns erfolgreich beantragte Übersicht über alle freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben vorgelegt wird. Vergeblich! Bis heute können wir als Fraktionen nicht im Detail nachvollziehen, was gesetzlich vorgegeben ist und wo wir freiwillig noch einmal draufsatteln. Nicht einmal unsere eigenen Beschlüsse bzw. die unserer Vorgänger und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen hat man uns aufzeigen können.

Wir fordern eine bessere Transparenz für den Haushalt. In einer unserer Haushaltsinitiativen werden wir daher beantragen, dass ab sofort auf allen Beschlussvorlagen angegeben werden muss, ob es sich um eine freiwillige oder eine Pflichtaufgabe handelt und inwiefern wir den gesetzlich vorgegebenen finanziellen Rahmen einhalten oder mal wieder freiwillig überschreiten. Wir brauchen klare, nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen für politische Prioritätensetzung! Dazu braucht es ein gewisses Maß an gegenseitigem Respekt: Bringen Sie uns in die Lage, mündige Entscheidungen zu treffen. Geben Sie uns die Möglichkeit, auch eigene Beschlüsse zu reflektieren und, falls notwendig, zurückzunehmen. Lassen Sie den Gemeinderat das tun, was er machen sollte: Politische Schwerpunkte für die Weiterentwicklung unserer Stadt setzen.

Als CDU-Fraktion wollen wir nicht dafür verantwortlich sein, dass Karlsruhe am Ende unter Aufsicht des Regierungspräsidiums gerät. Daher werden wir dem Großteil aller Verwaltungsvorschläge auch zustimmen. Einige davon fallen uns besonders schwer, andere weniger. So begrüßen wir es außerordentlich, dass die Verwaltung unsere alte Forderung übernommen hat, das Bürokratiemonster der Erhaltungssatzung in der alten Südstadt endlich abzuschaffen: Schluss mit der Pflicht zur Einholung von Baugenehmigungen für das zusätzliche Waschbecken oder den neuen Teppichboden. Völlig zurecht soll auch das Amt für Reinigungsdienstleistungen gar nicht erst aus der Taufe gehoben werden. Was die lokale Privatwirtschaft leisten kann und will, muss nicht von der Stadt gekapert werden. Daher: Weg damit! Begrüßenswert finden wir auch die Auflösung der Stabsstelle für Außenmarketing. All das sind Schritte in Richtung einer ersten, sehr vorsichtigen Standard- und Aufgabenkritik, die Karlsruhe so dringend benötigt und auf die wir seit Jahren warten.

Andere Verwaltungsvorschläge aus dem operativen Geschäft tragen wir ebenfalls mit – auch wenn sie alles andere als mit einer Aufgabenkritik zu tun haben: ob uns etwa Vorschläge wie die zusätzliche Einsparung von Windows-Lizenzen und anderer Software-Produkte am Ende effizienter und besser machen, ist deutlich zu bezweifeln. Zahlreiche Vorschläge zielen auf Einnahmeerhöhung, eine Standardkritik fand oftmals nicht statt. Aus unserer Sicht wäre hier insgesamt deutlich mehr drin gewesen. Um Sach- und Personalkosten zu sparen, werden wir daher zusätzlich die temporäre Aussetzung des Gestaltungsbeirats und der IT-Kommission und die Angliederung des Klimaschutzbeirats an den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit beantragen. Beim kommunalen Bauen werden wir daraufsetzen, dass sich die Baustandards endlich wieder an den gesetzlichen Vorgaben zu orientieren haben, und nicht freiwillig um 30 Prozent übererfüllt werden. „Kunst am Bau“ wollen wir temporär aussetzen und bei der Ausschreibung von Personalstellen sollen künftig keine ineffizienten und teuren Führungsstandems mehr zulassen.

Wenn wir schon beim Thema Personal sind, ist es mir ganz wichtig, zu betonen, dass es mit unserer Fraktion keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Vielmehr unterstützen wir die guten Verwaltungsvorschläge, wenn es etwa darum geht, Stellen nicht mehr zu besetzen, die durch Renteneintritt frei werden. Wenn Personalstellen dauerhaft nicht besetzt werden können, weil sich niemand bewirbt, können diese ebenfalls eingespart werden. Aber – und das ist uns ganz zentral: Der Abbau von Stellen muss mit einer Reduzierung von Aufgaben und Aufgabenkritik einhergehen und darf nicht zu einer Mehrbelastung der verbliebenen Mitarbeiter führen. Kritisch sehen wir daher etwa die Sperrung von Stellen im Bereich des KOD und der Bürgerdienste. Allerdings sind wir hier ein Stück weit auf die Einschätzung und Expertise der einzelnen Dienststellen und Ämter angewiesen und vertrauen darauf, dass sie ihren Personalbedarf am besten bewerten können.

Dagegen können wir ganz gut selbst bewerten, dass die Einsparvorschläge im Kulturbereich und auch im Sozial-Dezernat an die Substanz gehen. Mehr ist hier nicht drin. Im Gegenteil: Im Bereich der freien Kunst- und Kulturszene wollen wir den globalen Einsparvorschlag auf die Hälfte herabsetzen, um unserer Stadtgesellschaft gerade auch in harten Zeiten Kultur zu ermöglichen. Überhaupt keinen zusätzlichen Kürzungs-Spielraum sehen wir im Sozialen. Kitas, Schulen, Jugendhilfe, Familien und Sport – all das sichert den sozialen Frieden in unserer Stadt. Das dürfen wir nicht weiter gefährden.

Im Gemeinderat erst die Horte zu streichen und uns jetzt bei den Haushaltsberatungen durch die Hintertür auch den Verzicht auf die „Ergänzende Betreuung“ vorzulegen, ist mit uns nicht zu machen. Denn damit würden wir den Eltern das letzte bisschen Flexibilität bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nehmen. Die vollständige Einstellung des Geschwisterkindzuschusses bis September 2027 tragen wir nur dann mit, wenn bis dahin der Einstieg in die einkommensabhängige Beitragsstaffelung erfolgreich umgesetzt ist. Ansonsten muss der Zuschuss bei 50 Prozent bleiben. An dieser Stelle begrüßen wir ausdrücklich die Initiative unserer CDU-Landtagsfraktion, in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg mit einem dritten beitragsfreien Kindergartenjahr umzusetzen – und zwar bei vollem Ausgleich durch das Land.

Bei den Bädern ist für uns ebenfalls eine Grenze erreicht. Eine Komplettschließung des Rheinstrandbads ist mit uns nicht zu machen. Völlig zurecht sieht die Verwaltung auch davon ab, Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge oder für besonders vulnerable Gruppen zu kürzen. Frauenhäuser und Einrichtungen zum Schutz für Frauen und Kinder vor Gewalt werden ohne finanzielle Einschränkungen fortgeführt. Das ist uns wichtig und daran werden wir nichts ändern. An die Substanz würde es auch gehen, wenn der Jugendzuschuss und der Übungsleiterzuschuss im Sport komplett gestrichen werden. Das tragen wir nicht mit. Denn für uns ist ganz wichtig: Strukturen zu erhalten, aber Ansätze müssen wir reduzieren, damit wir irgendwann auch wieder darauf aufbauen können.

Allerdings ist besorgniserregend, dass perspektivisch weiterhin keine spürbare Verbesserung in Sicht ist, obwohl wir mittlerweile in der vierten Stufe der Haushaltssicherung angekommen sind. Wir alle müssen also noch einmal in uns gehen.

Wenn wir dies alles beherzigen, sehen wir noch deutlichen Optimierungsbedarf in einem Bereich, bei dem in den letzten Jahren kontinuierlich draufgesattelt wurde – ungeachtet der Sparzwänge in allen anderen Bereichen. Beim Sammelansatz für das Klimaschutzkonzept 2030 hat der Gemeinderat in den letzten vier Jahren knapp 120 Millionen Euro zur

Verfügung gestellt. Im Ergebnishaushalt des Jahres 2022 wurden 23 Prozent der Mittel aber überhaupt nicht in Anspruch genommen, 2024 sogar 28 Prozent. Wenn wir es aber nicht schaffen, Maßnahmen anzustoßen und Mittel zu verausgaben, wird hier ganz offensichtlich noch viel zu viel Geld vorgehalten. Insofern begrüßen wir den Verwaltungsvorschlag zur Reduzierung des Sammelansatzes für die nächsten zwei Jahre. Aber wir wollen noch weitergehen: Denn gerade hier gibt es Dinge, auf die wir verzichten können und müssen, wenn wir die Devise verfolgen, dass sich die Stadt wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren soll: Es braucht keine aufsuchende Energiequartiersberatung, für die wir in den letzten drei Jahren mindestens 400.000 Euro bereitgestellt haben, zumal PV-Anlagen bei Neubauten und Sanierung sowieso gesetzliche Pflicht sind. Ebenso braucht es kein Förderprogramm in Höhe von 2 Millionen Euro jährlich zum Bau von PV-Anlagen auf Privatdächern, wenn die Vorteile zur Errichtung sowieso überwiegen und allbekannt sind. Das gleiche gilt für die Klimaschutzkampagne, für die wir bisher eine knappe Million Euro bereitgestellt haben. Tolle Sache, aber die Notwendigkeit zur Bewältigung des Klimawandels ist bekannt und muss nicht zusätzlich beworben werden. Wofür beschäftigt die Stadt Karlsruhe seit 2021 externe Beratungsbüros für eine klimaneutrale Verwaltung im Wert von 750.000 Euro? Wieso kann das nicht unsere KEK leisten? Ein generelles Wünsch-dir-was und Doppelstrukturen können wir uns einfach nicht mehr leisten, vor allem nicht, wenn sich alle anderen Dezernate das Fleisch aus den Rippen schneiden. Wenn es nach uns geht, sollen beim Klimaschutz Beratungsangebote und Förderprogramme für Privatleute und das Gewerbe künftig eingestellt werden. Insgesamt sehen wir hier ein zusätzliches Einsparvorlumen von bis zu vier Millionen Euro pro Jahr.

Der Fokus muss künftig auf der Wahrnehmung städtischer Kernaufgaben liegen. Und das heißt für uns beim Klimaschutz: Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Gebäuden, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, Ausbau der Ladeinfrastruktur, Ausweitung der städtischen E-Fuhrparkflotte, energetische Sanierung städtischer Liegenschaften usw. Alles andere muss temporär ausgesetzt oder gestreckt werden.

Den Verwaltungsvorschlag, die Brunnen in unserer Stadt stillzulegen, lehnen wir ab. Brunnen prägen unser Stadtbild, sind den Menschen lieb und teuer und verbessern das Mikroklima bei Hitze erheblich. Dies könnte zum Beispiel aus dem Sammelansatz für das Klimaschutzgesetz genommen werden. Überhaupt nicht nachvollziehen können wir auch eine Veränderung auf der Investitionsliste. Denn seit letzter Woche stehen für das Klimaschutzkonzept im Jahr 2027 plötzlich 20 Millionen Euro zur Verfügung. Davor waren es fünf Millionen weniger – und die Begründung: Es gibt eben einen Mehrbedarf – aber wer hat den denn aktuell nicht? Wenn dann aber gleichzeitig der Bau von zwei Kitas und die Einrichtung des Ganztagsbetriebs an drei Grundschulen aus Haushaltsgründen in die ferne Zukunft verschoben werden muss, obwohl Familien einen Rechtsanspruch auf Betreuung haben, dann läuft hier etwas gehörig schief. Auch das werden wir per Antrag wieder geraderücken.

Sehr geehrte Damen und Herren, in jeder Krise liegt auch eine Chance! Es ist jetzt an der Zeit, Weichen für die Zukunft zu stellen. Lassen Sie uns mutig sein und Neues, vielleicht noch Unbekanntes oder Ungewohntes auf den Weg bringen. Wir sollten nicht im Hier und Jetzt verharren, sondern auch – über Parteigrenzen hinweg – mutig sein. Sicherlich fallen Veränderungen vielen Menschen immer erst einmal schwer, aber wenn wir nicht jetzt die Notwendigkeit erkennen – wann dann?

Zusammen wollen wir mit Ihnen über den Tellerrand schauen. Ganz ergebnisoffen fragen wir, welches Potential in der Zusammenlegung von Gesellschaften oder Dienststellen steckt. Wir wollen mit dem Zoo einen Schritt in die Zukunft wagen und beantragen den Eigenbetrieb. Synergie- und Einspareffekte sehen wir auch beim kommunalen Bauen. Daher können wir uns auch sehr gut eine stadteigene Gesellschaft oder einen Eigenbetrieb Schulhausbau vorstellen. Für unsere Höhenstadtteile wollen wir prüfen, ob zum Beispiel eine gemeinsame „Verwaltungseinheit Bergdörfer“ sinnvoll wäre. Das gleiche gilt für interne Verwaltungsabläufe. Wir setzen auf mehr Digitalisierung, um Mitarbeiter zu entlasten. Warum wird der Pilotversuch des Landes rund um die KI-Taste „F13“ bisher kaum angewandt? Hier müssen wir besser werden – Technologie darf keine zusätzliche Belastung sein, sondern muss aktiv entlasten. Außerdem wollen wir die ehrenamtlichen Strukturen stärken, damit das Ehrenamt in unserer Stadt nicht nur verwaltet wird, sondern auch gestalten kann.

Wir stehen für ein Karlsruhe, das seinen Kindern Chancen statt Schulden hinterlässt. Während die grün-rot-linke Mehrheit immer neue Wünsche finanziert und Standards übererfüllt, setzen wir auf Verantwortung, Generationengerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Wir investieren mit Augenmaß – nicht nach dem Prinzip Gießkanne. Karlsruhe soll Heimat für alle bleiben: sicher, lebenswert und stark. Es ist Zeit, Prioritäten zu setzen und den Kurs zu wechseln – für eine Stadt, die auch morgen noch handlungsfähig und erfolgreich ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, es liegt jetzt an uns, Karlsruhe vor der Haushaltsaufsicht zu bewahren und die Handlungsfähigkeit des Gemeinderats auch für die Zukunft zu sichern.

Unser gemeinsames Ziel muss sein, die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts herzustellen – und zwar aus der Mitte heraus. Wir sind zu Kompromissen bereit, auch wenn uns manches schwerfällt. Aber eines ist klar: Mit uns wird es keine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer geben. Das ist unsere rote Linie.

Wer alles will

(Der Vorsitzende mit Blick auf die Zeit: Frau Stadträtin)

riskiert am Ende das Nichts. Wir setzen auf solide Finanzen, klare Prioritäten und Ehrlichkeit – damit Karlsruhe nicht zum Sanierungsfall, sondern zum Vorbild für Generationengerechtigkeit wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Laut meiner Uhr sind noch 10 Sekunden übrig.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorsitzende: Alles gut, vielen Dank für das Geschenk.

Stadtrat Tröndle (SPD), vom Rednerpult sprechend: „Die Zukunft war früher auch besser“. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Verantwortliche für die Dezernate,

liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuhörende aus Stadtgesellschaft, Medien und Stadtverwaltung,

ja, „die Zukunft war früher auch besser“. Als Karl Valentin vor gut 100 Jahren diesen Satz von der Bühne grantelte, hatte er natürlich nicht den Haushalt der Stadt Karlsruhe im Sinn. Aber die lakonische Feststellung des Münchener Kabarettisten trifft pfeilgenau ins Mark dessen, was uns hier im Gemeinderat kurz vor Weihnachten bevorsteht. Dann haben wir bei den Beratungen und den Entscheidungen zum städtischen Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 ein ganz dickes Brett zu bohren. Vor allem im Ergebnishaushalt. Damit der ein „Daumen hoch“ vom Regierungspräsidium bekommen kann, müssen wir das für 2026 mit 1,8 und für 2027 mit 1,9 Milliarden Euro vorgesehene Gesamtpaket aufschnüren – und daraus für beide Jahre je 80 Millionen Euro herausnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Die entscheidenden exogenen Faktoren, also die von außen kommenden, die für einen Großteil der Schieflage des Etats verantwortlich sind, die können wir mit unseren Entscheidungen nicht beeinflussen. Ich meine damit die massive Verletzung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land, die vor allem bei den Eingliederungshilfen, beim ÖPNV und beim Klinikum verheerende finanzielle Folgen für uns hat. Das haben Sie, Herr Oberbürgermeister, bei der Einbringung des Haushalts deutlich benannt, sind als Präsident des Städtetags damit mit der Landesregierung in Clinch gegangen. Denn die chronische Unterfinanzierung bei Pflichtaufgaben ist ja wahrlich kein Karlsruher Phänomen, sondern hat andere Städte schon längst über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinausgebracht. Bundesweit.

Wir unterstützen ausdrücklich den Aufschrei der Kommunen, der längst auch in Berlin angekommen ist, doch zumindest kurz- bis mittelfristig entspringen daraus keine positiven Effekte für unseren Haushalt. Hilfe zur Selbsthilfe ist angesagt. Dass dabei der Rotstift zum ständigen Begleiter wird, hatte ich nicht auf dem Schirm, als ich mich um ein Gemeinderatsmandat bewarb und dann auch noch gewählt wurde.

Aber, um mit Erich Fried zu sprechen: „Es ist wie es ist.“ Die sage und schreibe 367 Punkte umfassende Vorschlagsliste der Streichungen und Kürzungen, aber auch der Erhöhung von Steuern und Gebühren, die uns die Verwaltung vorgelegt hat, umfasst sämtliche Bereiche des städtischen Lebens. Das ist hart, bitter und schmerzhaft. In diesem Zusammenhang wundere ich mich schon ein wenig über den immer wieder gebrauchten Euphemismus „Sparhaushalt“. Wir sparen nicht, legen nichts auf die Seite, um uns etwas gönnen zu können. Wir sparen ein. Unser Leistungskatalog schrumpft. Und das nicht nur für die kommenden beiden Jahre. Es ist ein Einsparhaushalt, über den wir in der Adventszeit beraten und ihn dann beschließen.

Doch wenn wir uns dem verweigern, wird es noch härter, noch bitterer, noch schmerzhafter. Dann hat das Regierungspräsidium das Zepter in der Hand und sagt uns, was wir tun, vielmehr lassen sollen. Mit einer Verweigerung würden wir als Gemeinderat selbst das kommunale Selbstverwaltungsrecht aushöhlen, könnten das Königsrecht der Entscheidung über den Haushalt als Erinnerungsstück in eine Vitrine stellen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen wir nicht, im Gegenteil: Die Konsolidierung des Ergebnishaushaltes und das Bewahren unserer Handlungsfähigkeit ist für die SPD-Fraktion Pflicht. Wir stellen uns dem und übernehmen Verantwortung dafür.

Bevor ich jetzt zu der Gretchenfrage komme, nach welchen Leitlinien wir die Konsolidierung angehen und den Einsparkurs fahren wollen, will ich im Namen der SPD-Fraktion denjenigen danken, die unsere Beschlüsse umsetzen und den Laden am Laufen halten. Das sind die Mitarbeitenden in Dezernaten und Dienststellen der Stadtverwaltung und der Gesellschaften. Den Einsparkurs bekommen auch sie zu spüren. Kündigungen müssen sie zwar nicht befürchten, doch durch „natürliche Fluktuation“ soll die Personaldecke in der Verwaltung bis 2030 dauerhaft um 7,9 Prozent abschmelzen. Ein harter Einschnitt, für dessen Gestaltung es eine kritische Überprüfung der Aufgaben, reichlich Fingerspitzengefühl der Führungskräfte und offene Kommunikation braucht.

Der frühere OB Gerhard Seiler sagte einmal in bestem Karlsruherisch: „Bei de Stadt schafft mer net, do isch mer“. Diese Form der Identifikation mag nostalgisch verklärt daher kommen, doch wir wünschen uns sehr, dass sie im Tenor auch künftig gilt. Die SPD-Fraktion jedenfalls nimmt die Sorgen und Nöte der Beschäftigten keineswegs auf die leichte Schulter, sondern steht Seite an Seite mit ihnen und ihren Gewerkschaften.

Unser Dank gilt auch denjenigen, die die von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, als „Liste des Grauens“ betitelten Einsparvorschläge mit ihrer Expertise erarbeiteten und damit auch sich selbst vor große Herausforderungen stellten. Das sind zunächst die Dienststellen, Dezernate und Gesellschaften, aber auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege, der Stadtjugendausschuss oder die Vertretungen der Kulturszene. Das verdient Respekt und Anerkennung.

Respekt und Anerkennung verdienen auch diejenigen, die mit ihrem freiwilligen Engagement das Leben in unserer Stadt Tag für Tag mitgestalten, ein Stück noch lebenswerter machen, den Kitt in der Gesellschaft bilden. Sei es im Bürgerverein, im Sport, in der Kultur, in der Nachbarschafts- oder Flüchtlingshilfe, bei der Betreuung von Alten, Schwachen oder Kindern, in Rettungsdiensten, im Tier- oder Umweltschutz. Das Ehrenamt steht für Menschlichkeit und Solidarität und bekommt in Zeiten klammer Kassen eine noch viel größere Bedeutung als zuvor.

Liebe Zuhörende, eine noch größere Bedeutung als bisher bekommen auch die Kriterien, an denen wir bei den Entscheidungen zum Haushalt unser Handeln ausrichten. Wir wissen: Hinter den nackten Zahlen stehen Menschen, Biografien, Schicksale. Es wäre naiv zu sagen, wir sparen 80 Millionen Euro pro Jahr ein – und keiner merkt es. Einschnitte verletzen, hinterlassen Wunden bei den Menschen. Wir sind uns der großen Verantwortung bewusst, denken Auswirkungen mit. Und müssen uns damit dauerhaft beschäftigen. Die Lage wird nach diesem Doppelhaushalt wohl kaum erfreulicher. Antworten und nachhaltige Verbesserungen im Umgang damit erhoffen wir uns vom Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) 2040.

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Die Zukunft wird nicht von denen gemeistert, die am Vergangenen kleben“. Dem können wir nur zustimmen: Wir brauchen neue Ideen, innovative Konzepte, müssen klar Prioritäten setzen. Erste Erkenntnis daraus: Das Prinzip der Gießkanne, mit dem wir unsere Zuschüsse verteilten und dem des Rasenmähers bei Kürzungen können wir nicht weiter fortführen. Beides hat ausgedient, Gießkanne und Rasenmäher stellen wir in den Keller der Stadtgeschichte. Für unser künftiges „Urban Gardening“ müssen wir entscheiden, was für uns wichtig ist, welche Samen wir in die Erde der Stadtgesellschaft bringen, welche Pflänzlein wir hegen und wen wir wie an der Pflege beteiligen, damit nichts verdorrt.

Zweite Erkenntnis: Wir müssen auch die Systematik der Aufteilung von geforderten Einsparsummen nach Teilhaushalten genauer in Punkto Gerechtigkeit hinterfragen und durch eine ganzheitliche Betrachtung nach Prioritätensetzung ablösen. Denn „alles hängt mit allem zusammen“. Diese von Alexander von Humboldt zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit Blick auf das Ökosystem gewonnene Erkenntnis gilt natürlich auch für heutige soziale Zusammenhänge. So sind etwa Familien mit Kindern sowohl von der Geschwisterkindrege- lung (Dezernat 3), dem unbefriedigenden Zustand beim Bau bezahlbaren Wohnraums (De- zernat 6) als auch von Preiserhöhungen beim Eintritt in den Zoo (Dezernat 5) betroffen. Um nur ein kleines Beispiel - und dazu unvollständig - zu nennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Entrüstung und Empörung über einzelne Einsparvor- schläge bekommen wir in diesen Tagen vielfach zu spüren. Da müssen wir aufpassen, dass wir nicht nur denjenigen nachgeben, die am lautesten schreien oder sich am besten artiku- lieren. Wir als SPD-Fraktion schauen da jedenfalls sehr genau hin. Unsere Solidarität gehört vor allem auch denjenigen, die keine laute Stimme oder starke Lobby haben, die schwach sind, unsere Hilfe am nötigsten brauchen. Dazu gehören neben armutsgefährdeten Kin- dern und Alleinerziehenden auch Ältere und Kranke oder Menschen mit Behinderungen. Inklusion ist für uns ebenso wenig verhandelbar wie Integration. Wir stellen uns der Realiti- tät, übernehmen Verantwortung für solide Finanzen, aber wir kämpfen dafür, dass die Schwächsten nicht unter die Räder kommen. Wir stehen ein für eine sozial gerechte Haus- haltspolitik, die unsere Strukturen erhält und Bedürftige schützt, die Leistungsfähige und Wohlhabende stärker in die Verantwortung nimmt und Fördermittel gezielt dort einsetzt, wo sie Wirkung entfalten.

Für uns als SPD-Fraktion ist Haushaltspolitik in Zeiten klammer Kassen vor allem Sozialpoli- tik, genauer gesagt Armutspolitik. Wir wollen mit sozialem Kompass mutig in die Zukunft gehen. Der Kampf gegen Armut und deren Auswirkungen hat für uns oberste Priorität und ist Richtschnur unseres Handelns. Armut hat viele Gesichter: materielle Not, prekäre Wohn- situation, Arbeitslosigkeit, die rasant ansteigende Altersarmut, Mangel an Bildung oder fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen oder sportlichen Leben. All diese For- men zeigen Wechselwirkungen, die wir besonders im Blick haben. Einer anderen Form der Armut – fehlende Herzenswärme, mangelnde Solidarität, gepaart mit Tunnelblick und einer Renaissance der Egomane - können wir mit haushalterischem Handeln nur bedingt entge- gentreten. Sie ist in erster Linie eine Sache des gesellschaftlichen Diskurses. Auf den gehe ich später ein.

Zunächst will ich aber mit einigen wenigen Schlaglichtern auf die Spielfelder der einzelnen Dezernate beleuchten, was für die SPD-Fraktion unter den genannten Prämissen geht - und was nicht. Und aufzeigen, dass Karlsruhe trotz der schwierigeren Rahmenbedingungen auch künftig den Stellenwert einer lebenswerten, sozialen und vielfältigen Stadt einnimmt.

Der am heißesten diskutierte Vorschlag auf dem Feld des Dezernats 3 war der geplante umgehende Abpfeif der Beitragsbefreiung von Geschwisterkindern in Kitas. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt für die insgesamt 11.485 KitaPlätze, Kinderkrippen und Horte in Karlsruhe jährlich 175 Millionen Euro aufwendet (Tendenz steigend) ein nachvollziehbar, doch Eltern stellte dies vor Probleme und uns als SPD vor ein Dilemma. Kostenfreier Zugang zu Bildung und Betreuung gehört zu unseren Kernanliegen, doch dies ist Sache des Landes. Im benachbarten, SPD-regierten Rheinland-Pfalz funktioniert das, in Baden-Württemberg nicht. Die Stadt Karlsruhe jedenfalls kann mit Blick auf die Haushaltslage die hohen

KitaKosten nicht mehr vollständig auffangen. Wir haben vor kurzem in breitem Konsens des Hauses eine tragfähige Lösung mit einer zunächst 30-prozentigen Reduktion des Geschwisterkindzuschusses gefunden und werden bei den Haushaltsberatungen über das weitere Procedere und den Aufbau einer einkommensabhängigen Beitragsregelung befinden. Insgesamt gehen wir zähneknirschend die Vorschläge des Sozialdezernats nahezu vollständig mit, wohl wissend, dass in Bereichen wie der Wohnungslosenhilfe oder Integration die Grenzen des Zumutbaren erreicht sind. Da ist alles ausgereizt.

In diesem Zusammenhang freut uns sehr, dass wir mit den Karlsruher Pässen und dem Kinderpass ein wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung und der Teilhabe fortführen und sogar ausweiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein starkes Signal für die soziale Stadt. Wir freuen uns auch, dass wir die offene Arbeit des Stadtjugendausschusses in den Kinder- und Jugendhäusern auf gleichem Niveau fortführen können. Und unterstützen Kooperationen mit Vereinen, wie etwa mit der Computerspielschule im „Torwärtterhäusle“ in Durlach, die Kids verantwortungsvolles Eintauchen in die digitale Welt näherbringt.

Die Strukturen für Bildungsgerechtigkeit, freien Zugang und die Teilhabe aller zu schaffen, ist ein vordringliches Ziel der Sozialdemokratie. Über die besondere Bedeutung von Bildung für das Leben der Einzelnen wie das Zusammenleben in der Gesellschaft sind wir uns ja einig. Bildung ist darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Vor allem in einem Land, in dem die Köpfe und Herzen der Menschen die einzigen Rohstoffe sind und dem es an ausgebildeten Fachkräften mangelt. Mittel für Bildung sind für uns Investitionen in die Zukunft und in die soziale Stabilität. Wir müssen die digitale Infrastruktur und die Ausstattung unserer Schulen weiter ausbauen, Gebäude dringend sanieren.

Schulen sind weit mehr als Lernorte, sie sind auch Räume für der Begegnung und der sozialen Interaktionen. So begrüßen wir als SPD-Fraktion, dass wir die wichtige und wertvolle flächendeckende Schulsozialarbeit aufrechterhalten können. Im Blick haben wir natürlich auch die Volkshochschule, die wir weiterhin auskömmlich fördern wollen, sowie die Fachschulen. Und den erfolgreiche Bildungsgang AV Dual der Arbeitsförderung. Den wir ebenfalls weiter fortführen wollen.

Einen wesentlichen Beitrag nicht nur im Kampf gegen die Bewegungsarmut, sondern darüber hinaus für soziales Lernen und Demokratiebildung junger Menschen leisten auch unsere Sportvereine. Die Stadt unterstützt bisher mit einem Jugendzuschuss die niederschwellige Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Leben in den Vereinen und mit einem Zuschuss für Übungsleiter die Motivation von Ehrenamtlichen, sich in die verantwortungsvolle Aufgabe einzubringen. Beides steht zur Disposition. Für viele Vereine würde dieser Wegfall eine Kürzung um 25 Prozent, für die mit starker Jugendarbeit eine von bis zu 50 Prozent bedeuten. Natürlich muss auch der Sport seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten, doch nicht in dieser Höhe an dieser Stelle. Das wäre ein klassisches Eigentor, durch das wir nicht nur Vereine und deren Angebote – übrigens auch an Schulen – verlören, sondern auch Kindern einen Orientierungsrahmen für sportliches, soziales und gesellschaftliches Lernen vor-enhielten. Die fatalen gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen daraus sind wohl den meisten in diesem Hause klar. Grundsätzlich sollten wir gerade in diesen Zeiten ehrenamtlich getragene Vereine – nicht nur im Sport – stärken, statt sie zu schwächen. Zumal wir auf dem Weg zu den World Games 2029 und bei den Spielen selbst natürlich auf ihr Engagement und ihre Kreativität setzen.

Die SPD-Fraktion jedenfalls positioniert sich deutlich gegen die Vorschläge der Verwaltung, Jugend- und Übungsleiterzuschuss zu streichen.

Vereine sind auch wichtige Player in unserer von Vielfalt geprägten Kulturlandschaft, um die uns andere Städte beneiden. Natürlich wollen wir das kreative Kulturschaffen in unserer Stadt auch mit etwas kleinerer Flamme weiterhin leuchten lassen und nehmen den Aufschrei der freien Kulturszene sehr sehr ernst. Aber auch den unserer großen Tanker Badisches Staatstheater und ZKM. Wir bekennen uns zu diesen beiden Institutionen mit nationaler und internationaler Strahlkraft.

Den vom Kulturdezernat vorgeschlagenen Rasenmäher einer 8,7-prozentigen Kürzung der Zuschüsse quer über sämtliche Akteure wollen wir nur teilweise ansetzen. Bei den freien Kulturinstitutionen werden wir lediglich eine deutlich geringere Kürzung mittragen. Und darüber hinaus liegt uns auch das Stadtmuseum am Herzen. Insgesamt sehen wir ein innovatives Kulturkonzept als dringend notwendig an. Darüber hinaus haben wir im Finanzhaushalt noch Umbau und Erweiterung des Staatstheaters zu schultern. Die Entwicklung der Baukosten begleiten wir kritisch und konstruktiv.

Der Streifzug durch den Etat führt uns jetzt zum ruhenden und fließenden Verkehr. Wir bekennen uns zur Verkehrswende, stimmen in diesem Zusammenhang und nicht nur wegen der prekären Haushaltslage einer Erhöhung der Parkgebühren und der des Bewohnerparkens zu. Perspektivisch sollten wir uns mit der Frage beschäftigen, ob wir im Stadtgebiet überhaupt noch kostenfreie öffentliche Parkplätze anbieten wollen.

Klimafreundlich, sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig sind die Prämissen, unter denen wir als SPD-Fraktion Mobilität in Karlsruhe zukunftsfähig gestalten wollen. Dabei setzen wir neben einer Stärkung des Rad- und Fußverkehrs vor allem auf unseren ÖPNV. Doch das bundesweit und international beispielgebende „Karlsruher Modell“ steckt in einer schweren finanziellen Krise. Vor allem bei den Verkehrsbetrieben, deren Wirtschaftsplan für 2025 ein Ergebnis von minus 121 Millionen Euro aufweist.

Um Verbesserungen ihres Ergebnisses zu erzielen, haben die Verkehrsbetriebe ein Konzept erarbeitet, das jährlich bis zu 13 Millionen Euro einsparen könnte. Wir begrüßen dies, gehen aber nur bis zu dem Punkt mit, an dem es an die Substanz geht. Eine zu starke Ausdünnung des Taktes oder der Wegfall ganzer Linien geht mit uns nicht. Das wäre sozial ungerecht und kontraproduktiv und würde auch unser Ziel, Menschen vom Auto in die Bahn zu bringen, völlig konterkarieren. Wir sind geradezu verpflichtet, unseren ÖPNV attraktiv zu halten und weiterzuentwickeln.

Liebe Zuhörende, bei meinem Ritt über die Felder der Kommunalpolitik konnte ich nur einige streifen. An denen habe ich versucht, Ihnen die Haltung der SPD-Fraktion zum Haushalt näher zu bringen. Einige werden sich jetzt fragen: Und zur Klimapolitik hat die SPD nichts zu sagen? Keine Sorge, natürlich, sogar jede Menge. Und zum Schluss meiner Rede gleich in zweifacher Hinsicht.

Der erste Blick in Sachen Klima geht in Richtung Haushalt: Die SPD steht natürlich weiterhin hinter dem Klimaschutzkonzept. Wir sehen aber auch, dass in den vergangenen Jahren immer wieder Haushaltsansätze nicht abgerufen wurden. Schlicht, weil die Projekte nicht umsetzbar waren oder wir sehr großzügig Mittel zur Verfügung stellten. Das können wir

uns in der derzeitigen Haushaltslage nicht mehr leisten. Deshalb wollen wir den Fachleuten um unsere Umweltdezernentin folgen und diese Ansätze in vertretbarem Maße reduzieren.

Nachsteuern würden wir auch gerne bei einer anderen Klimafrage, die inzwischen leider einen ebenso hohen Stellenwert wie der Kampf gegen den globalen Klimawandel einnimmt. Ich meine das gesellschaftliche Klima, das auch unser Zusammenleben vor eine Zerreißprobe stellt. Viele Menschen sind verunsichert, haben vor dem Hintergrund des Weltgeschehens Angst vor der Zukunft. Europaweit kommen diese Ängste denen entgegen, die mit menschenverachtenden Narrativen und hasserfüllten Parolen das freie und vielfältige demokratische Gemeinwesen erschüttern und durch autoritäre bis totalitäre Strukturen ersetzen wollen.

Ich will hier nicht die Nazikeule schwingen, der Rechtsruck in der Weimarer Republik setzte schon Anfang der 20er Jahre ein, als die NSDAP noch eine kleine Splitterpartei war. Aus Historikersicht weiß ich: Geschichte wiederholt sich nicht in der gleichen Form, doch parallele Mechanismen und Tendenzen sind deutlich spürbar. Ein Indikator dafür ist die Verrohung der Sprache. Herr Oberbürgermeister, Sie haben Bundesverfassungsrichter Ulrich Madowski zitiert, der beim 100-jährigen Jubiläum der Karlsruher Bürgervereine auch in der Rhetorik „weniger ich und mehr wir“ einforderte. Gleichzeitig sagte er mit Blick auf entsprechende populistische Forderungen: „Politik muss nicht liefern.“ Das will ich ausdrücklich unterstreichen. Wir sind weder Pizzaservice noch Amazon. Unsere Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die Menschen selbst besorgen können, was sie brauchen.

Liebe Zuhörende, der Schriftsteller und Musiker Sven Regener lässt in seinem Roman „Magical Mystery“ seinen Apologeten Karl Schmidt den schicksalsschwangeren Satz sagen: „Die Zukunft ist eine dumme S... Man weiß nie, womit sie als Nächstes um die Ecke kommt.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die blaue Ecke wissen wir das aber schon. Da wuchert der Spaltpilz, der mit populistischen und rassistischen Parolen aus dem untersten Regal, mit Hass und Neid immer mehr um sich greift. Dem treten wir als Demokratinnen und Demokraten entschieden entgegen. Doch unabhängig davon ist mir grundsätzlich nicht klar, wie man mit schlechter Laune gute Politik machen will.

Klar ist mir allerdings, dass wir gegen Hass und schlechte Laune und für gute Politik eine ganze Reihe von Möglichkeiten haben. Tun statt Jammern ist angesagt. Wir können durch unser Handeln wieder Vertrauen bei den Menschen aufbauen, sie mitnehmen bei unseren Entscheidungen, ihnen Zusammenhänge erklären. Ihnen verdeutlichen, dass der Staat, in unserem Falle die Stadt, nicht mehr alles in der bisherigen Form leisten kann. Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen, ist mehr denn je gefragt. Wir setzen auf die vielen Ehrenamtlichen in unserer Stadt, müssen noch mehr Menschen motivieren, sich zu engagieren für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Zur Fortentwicklung braucht es neben gutem Willen und helfenden Händen natürlich auch Geld. Das gibt es in Karlsruhe. Unsere Stadt nimmt mit 153 Millionären, einige davon kratzen gar an der Milliarde, einen Spitzenplatz im Land ein. Wir müssen auf die mit dem dicken Geldbeutel und den starken Schultern zugehen und dafür werben, sich als Mäzen in der Kultur oder Sponsor für Suppenküche oder Sporthalle zu engagieren.

„Die Zukunft sollte man nicht voraussehen, sondern möglich machen“, lässt Antoine de Saint-Exupéry seinen Kleinen Prinzen sagen. Liebe Zuhörende, lassen Sie uns als

Kommunalpolitik, Verwaltung und Stadtgesellschaft gemeinsam Ermöglicher eines weiterhin lebenswerten Karlsruhes sein, in dem alle ihren Platz finden, in dem wieder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entsteht, das übersteigerten Egoismen und Partikularinteressen keinen Raum bietet. Auf diesem Weg braucht es einen klaren sozialen Kompass. Und mit dem gehen wir als SPD-Fraktion mutig in die Haushaltsberatungen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende: Wir unterbrechen die Sitzung um 25 Minuten. Ich würde sagen, um 17:25 Uhr setzen wir die Sitzung fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:58 Uhr bis 17:27 Uhr)

Der Vorsitzende: Wir fahren fort mit dem Tagesordnungspunkt „Haushaltsreden des Gemeinderats zum Doppelhaushalt“. Das Wort hat Stadtrat Andreas Seidler für der AfD-Fraktion. Bitteschön.

Stadtrat Seidler (AfD), vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Vorredner.

Die kommunalen Finanzen befinden sich in einer bisher nicht gekannten Krise – sagt der Deutsche Städtetag. Die Stadt Karlsruhe weist die höchste Prokopf-Verschuldung aller Kommunen in Baden-Württemberg auf. Der Gesamtpersonalrat der städtischen Bediensteten in Karlsruhe stellte anfangs dieses Jahres die grundsätzliche Frage: „Was wollen wir sein? Die moderne Stadtverwaltung? Die digitale Stadt? Die grüne Stadt? Die mobile Stadt? Die soziale Stadt? Die Fahrradstadt? Die Kulturstadt? Die Sportstadt? Von allem ein bisschen?“ Im kommenden März stehen die Landtagswahlen an und die hier im Gemeinderat vertretenen Parteien, die zur Landtagswahl antreten, müssen sich dem Urteil des Bürgers stellen. Das ist die Ausgangslage zu den jetzt anstehenden Haushaltsberatungen.

Die Ausgaben der den Kommunen auferlegte Pflichtaufgaben steigen stetig, ohne dass Bund und Land die Kommunen angemessen an den Steuereinnahmen beteiligen. Letzteres ist aber auch wenig überraschend, denn Haushaltslöcher gibt es auch bei Bund und Land. Und da die deutsche Wirtschaft bereits im dritten Jahr nacheinander stagniert, ist derweil nicht mit signifikant steigenden Steuereinnahmen zu rechnen.

In Karlsruhe lagen die Schulden des Kernhaushalts zum Jahresende 2024 bei 567 Mio. €. Die Stadtkämmerei schätzt bis 2027 den Anstieg der Schulden auf sage und schreibe 1 Mrd. und 342 Mio. €. Die Landeshauptstadt Stuttgart ist dagegen seit 2018 im Kernhaushalt schuldenfrei. Ich weiß man kann das vielleicht nicht ganz vergleichen, aber es ist ein Indiz.

Zudem ist mit einem Anstieg der Zinssätze für Kredite zu rechnen, da allein die Kreditaufnahme des Bundes für das sogenannte Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für einen Zinsanstieg bei den Bundesanleihen in den kommenden Jahren führen dürfte und entsprechend alle anderen Kreditzinssätze mit nach oben ziehen werden. Derzeit wird die 10-jährige Bundesanleihe mit 2,6% verzinst und Kommunen wie die Stadt Karlsruhe muss Neukreditaufnahmen derzeit um ca. 3,5% verzinsen. Auch günstigere Kredite aus der

Niedrigzinsphase laufen aus und müssen zu höheren Zinsen refinanziert werden. Diese Kombination aus immer höherer Verschuldung und steigenden Kreditzinsen wird erwartbar zu Belastungen führen, die Karlsruhe über kurz oder lang nicht mehr stemmen wird.

Nun stehen den Schulden auch entsprechende Vermögenswerte entgegen, sagte hier in diesem Jahr der Herr Oberbürgermeister. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass durch Verkauf von Vermögen auch der prognostizierte starke Schuldenanstieg abgeflacht werden kann.

Ein strategisches Ziel muss daher sein, dass sich die Stadt mittelfristig von unrentablen oder nicht benötigten Immobilien und Beteiligungen trennt, die nicht unmittelbar der Daseinsvorsorge dienen. Allein die Kapitaleinlagen der städtischen Beteiligungen wiesen Ende 2024 einen Buchwert von 441 Mio. € auf. Besonders die nicht benötigten Immobilien und Beteiligungen, bei denen die Eigenkapitalrenditen nicht mindestens so hoch wie die laufenden Kreditzinsen der Stadt Karlsruhe sind, sollten genauer auf ihre Verkaufsmöglichkeit untersucht werden. Das ist ein harter, aber in Anbetracht des anwachsenden Schuldenbergs nicht mehr vermeidbarer Schritt.

Aber bisher macht die Stadt Karlsruhe stattdessen munter weiter mit fragwürdigen Investitionen. Sie betätigt sich indirekt unter anderem auch als Aktionär.

Erst im Mai 2025 hat der Gemeinderat - gegen die Stimmen der AfD-Fraktion – mehrheitlich der Teilnahme der Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH (KVVH) an der Kapitalerhöhung der EnBW zugestimmt. Für den Zeitraum von 2026 bis 2030 sollen gemäß Tischvorlage der Finanzbürgermeisterin zur Haushaltseingabe jährlich weitere 7,5 Mio. € in EnBW-Aktien investiert werden, um die sogenannte Energiewende zu unterstützen.

Diese Energiewende ist, abgesehen von Pflichtaufgaben wie der Wärmeleitplanung, keine kommunale Aufgabe. Wenn der Bund und das Land den Kommunen Pflichtaufgaben auferlegen, sie aber nicht ausreichend an den Steuereinnahmen beteiligen, müssen sich die Kommunen zwingend auf kommunale Aufgaben beschränken. Denn man kann das Geld nur einmal ausgeben.

Weiter stellt sich die Frage der Wirtschaftlichkeit: Die EnBW schüttete für 2024 eine Dividende von ca. 2,4% bezogen auf den Börsenwert aus. Aufgrund der in diesem Jahr erfolgten und künftig zu erwartenden Erhöhungen der Aktienanzahlen müssen künftige Dividenden auf eine größere Aktienzahl verteilt werden. Die erwartbare Dividendenrendite wird entsprechend sinken. Das kann unmöglich für die KVVH, die Ende 2024 Verbindlichkeiten von 223 Mio. € auswies, ein gutes Geschäft sein. Denn deren Zinsen für Kreditneuaufnahmen werden erwartbar um ca. 3,5% liegen.

Der neueste Wurf der Stadt Karlsruhe war die Gründung der World Games GmbH als mittlerweile 46. städtische Beteiligungsgesellschaft. Diese Gesellschaft ist zur Durchführung der World Games 2029 in Karlsruhe erforderlich. Die Lücke zwischen den geschätzten Kosten und den Fördermitteln und zu erwartenden Sponsoreneinnahmen beträgt ca. 22,6 Millionen. Um den Ergebnishaushalt nicht zu belasten, werden die kalkulierten Verluste zur Durchführung der World Games als Kapitaleinlage in die World Games eingebracht, davon jeweils 5 Mio. in den Haushaltsjahren 2026 und 2027. Kapitaleinlagen gelten haushaltsrechtlich als Investition. Und für Investitionen sind Schuldenaufnahmen erlaubt, was für

Aufwendungen nicht zulässig ist. Aber diese Investition ist faktisch keine Investition. Eine Investition dient dem Erwerb von Anlagevermögen, das in der Folgezeit abgeschrieben wird oder sie dienen dem Unternehmen zur Wertschöpfung. Hier aber dient das eingezahlte Kapital in die World Games GmbH zum alleinigen Zweck, geplante Verluste auszugleichen. Und im Jahr 2031 oder etwas später wird dann die weitgehend vermögenslose GmbH aufgelöst.

Ein solches Vorgehen lässt eine wachsende Zahl von Karlsruhern, auch meine Vereinskameraden vom SSC, an den Mehrheitsentscheidungen dieses Gemeinderats zweifeln.

Denn das Schlimme ist, dass dieses Geld eben für wirkliche Investitionen an anderer Stelle fehlt: dringend benötigte Sanierungen von Schulen und Kitas oder Neubau von Sporthallen, die auf die Prioritätsliste 2, der sogenannten Tränenliste gesetzt sind und vielleicht im nächsten Jahrzehnt angeschoben werden.

Schaut man auf den Finanzplan zum Doppelhaushalt, scheint es am Ende nur darum zu gehen, dass der Haushalt gerade so vom Regierungspräsidium genehmigt wird. 200 Mio € Neuverschuldung pro Jahr sind erlaubt, 197,3 Mio € für 2026 und 199,7 Mio. € für 2027 sind eingestellt. Sicherheitsreserve: offenbar keine. Das Kalkül ist vielleicht, dass Karlsruhe „to big to fail“, zu groß, um zu scheitern ist, und das Regierungspräsidium nicht anders kann, als den Plan zu genehmigen, wenn auch unter Auflagen – um das Gesicht zu wahren.

Das Prinzip der kaufmännischen Vorsicht nach Handelsgesetzbuch, zu dem jeder Unternehmer verpflichtet ist, kalkulierte Kosten vorsorglich eher etwas höher und Einnahmen eher etwas niedriger anzusetzen – Vermisse ich hier. Stattdessen Zitat aus dem Haushaltsentwurf: „ein auf Kante genähter Haushalt“ – sprich eher zu optimistisch kalkuliert.

Dennoch glaubte bisher eine Mehrheit im Gemeinderat, sich Investitionen leisten zu können, deren Kosten-Nutzen-Verhältnis mehr als fraglich ist.

Ins Auge fallen die Investitionen in den sogenannten Klimaschutz, die Folge des städtischen Klimaschutzkonzepts 2030 sind. Es wurde zu Zeiten mit noch ausgeglichenem Ergebnishaushalt und vor Beginn der Haushaltssicherungsmaßnahmen eronnen. Aber die Zeiten, etwas politisch durchsetzen zu wollen, koste es was es wolle, sind vorbei. Es ist daher an der Zeit, dieses Konzept gründlich zu überarbeiten oder auszusetzen. Viele darin enthaltene Dinge sind zwischenzeitlich bereits anderweitig geregelt:

Photovoltaik-Anlagen müssen gemäß Landesbauordnung zwingend bei Neubauten und Dachsanierungen installiert werden, wobei die PV-Fläche mindestens 60% der Dachfläche entsprechen muss.

Die Umstellung der Beleuchtung auf LED-Lampen ist aufgrund der hohen Stromkosten ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft.

Bei Neubaumaßnahmen stoßen die Vorgaben an die Grenzen der finanziellen Machbarkeit. Dass ein signifikanter Kostentreiber beim Neubau die Maßnahmen zur Energieeffizienz von Gebäuden sind, ist hinlänglich bekannt. Das technisch mögliche Maximum in der Energieeffizienz führt zu unverhältnismäßig hohen Kosten, die weit weg vom wirtschaftlich

optimalem Kosten-Nutzen-Verhältnis sind. Das gilt übrigens auch für die CO₂-Emissionen bei der Herstellung der benötigten Grund- und Baustoffe und den Bautätigkeiten.

Daher wird zur Rechtfertigung dieser hohen Kosten ein Nutzen im Lebenszyklus eines Gebäudes durch Einsparung von Energie und anderer Einsparungen beim Unterhalt gegenübergestellt. Das hört sich gut an. Jedoch sprechen wir bei der Nutzungsdauer von Gebäuden über Jahrzehnte. Wer kann seriös über solch lange Zeiträume Kosten prognostizieren? Je weiter wir in die Zukunft schauen, desto unsicherer ist sie. Das gilt auch für die Preise in der Zukunft. Und wenn wir schon Probleme haben, die Kostensteigerungen eines Bauprojekts bis zur schlussendlichen Fertigstellung realistisch abzuschätzen, warum soll das bei Lebenszyklusbetrachtungen im Gebäudeunterhalt genauer sein?

Die hohen Baukosten infolge überambitionierter Anforderungen lassen sich durch solche Lebenszyklusbetrachtungen nur dann rechtfertigen, wenn man hinreichend viele Prämissen setzt und an diese glaubt. Auch die aus dem Klimakonzept abgeleitete Praxis, für Neu- und Ersatzbeschaffungen im städtischen Fuhrpark nur noch auf Elektroantriebe zu setzen, führt offenkundig zu unwirtschaftlichen Ergebnissen.

Jedenfalls gibt es für elektrische Spezialfahrzeuge, deren Beschaffung für das Team Sauberes Karlsruhe (TSK) kürzlich beschlossen wurde, keinen echten Markt, der eine wirtschaftliche Beschaffung zulässt. Zur letzten Vergabeentscheidung lag ein einziges Angebot vor, das in die Wertung kam. Das bedeutet, es gibt wenige Anbieter solcher Fahrzeuge, die sich gar keinem entsprechend scharfen Wettbewerb stellen müssen und deshalb zu hohen Preisen anbieten können. Und im Umkehrschluss ist das ein Hinweis, dass die Nachfrage nicht so groß sein kann, sonst wären mehr Anbieter zur Lieferung in der erforderlichen Qualität in der Lage. Vermutlich gibt es nur einzelne Kommunen mit entsprechenden politischen Mehrheiten, die um jeden Preis solche Fahrzeuge wünschen.

Dass der Strom nicht emissionsfrei aus der Ladesäule kommt, sondern der in Deutschland im Jahr 2025 hergestellte Strom zu 40 % aus Kohle- und Gaskraftwerken stammt, hat man sich vor 5 Jahren bei Beschluss des Klimaschutzkonzepts vielleicht auch anders gedacht. Und neue Gaskraftwerke sollen zur Grundlastsicherung jetzt gebaut werden im großen Stil, bis auf weiteres auf Basis von Erdgas. Grüner Wasserstoff, naja 2040, mal schauen.

Doch kommen wir zum Ergebnishaushalt:

Die Stadt Karlsruhe handelt sich seit Anfang dieses Jahrzehnts von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt, jeweils unter Auslösung einer weiteren Phase des Haushaltssicherungsprozesses. Gemäß Gemeindeverordnung dürfen Kredite nicht zum Defizitausgleich verwendet werden. Jedoch gibt es ohne Berücksichtigung der Abschreibungen, die nur eine Buchung sind und mit keiner Zahlung verbunden sind, noch einen Überschuss. Die veranschlagten Abschreibungen liegen nämlich bei 106 Mio. in 2026 und 110 Mio. € in 2027. Das ist deutlich mehr als das im Haushaltsentwurf veranschlagte Defizit von 41 bzw. 45 Mio. €.

Jeder kleine Selbständige weiß, dass er die Mittelzuflüsse aus Abschreibungen tunlichst für Investitionen zurückhält und nicht zum Defizitausgleich einsetzen darf. Ansonsten muss er sich für Investitionen immer weiter verschulden und rutscht in die Überschuldung. Und genau das ist es, was auch im städtischen Haushalt beobachten können.

Daher müssten die Einsparungen im Doppelhaushalt, also rein kaufmännisch, noch deutlich über den von der Stadtverwaltung veranschlagten jährlich 80 Mio. € liegen, damit der Ergebnishaushalt am Ende tatsächlich ausgeglichen ist.

Die AfD-Fraktion wird deshalb Änderungsanträge einbringen, bei denen die Summe der von uns vorgeschlagenen zusätzlichen Kürzungen höher ist als die Summe der Maßnahmen, bei denen wir Kürzungen dem Grunde oder der Höhe nach ablehnen. Wir als Gemeinderat können uns inhaltlich nur mit den Kürzungen freiwilliger städtischer Leistungen befassen, die jährlich rund 400 Mio € von 1,8 Mrd € Gesamtaufwendungen ausmachen.

Bei den Einsparungen im Personalbereich durch Stellenstreichungen oder Nichtwiederbesetzungen müssen wir weitgehend dem folgen, was uns vorgeschlagen wird. Wir nehmen dabei die Kritik des Gesamtpersonalrats in seinem Rundschreiben vom Februar sehr ernst, die das bisherige Vorgehen, Personalabbau nach einem starren Schema nicht mehr für zielführend hält:

Die Personalreduzierung nach einem festen Prozentsatz, heruntergebrochen auf Ämter und Dienststellen, ohne die Aufgaben zu reduzieren, geht nicht mehr lange gut. Die Forderung des Gesamtpersonalrats können wir unterstreichen, dass die Personalentwicklung der Stadt infolge der Haushaltskonsolidierung Ziele braucht, wohin die Stadt will. Und danach sind Strategien zu erarbeiten, auf welchen Wegen man diese Ziele erreichen will.

Wir haben im vergangenen Sommer einen Antrag zur Prüfung der Zusammenlegung von Ämtern und Dezernaten in den Gemeinderat eingebracht. Für uns ist es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass nicht nur auf der Ebene der Abteilungen Aufgabenkritik und Effizienzsteigerungen vorzunehmen sind, sondern über alle Hierarchieebenen bis ganz nach oben stattfinden müssen.

Wir sind uns sicher, dass das Thema mit der Ablehnung unseres Antrags im September nicht endgültig erledigt ist. Die finanziellen Realitäten werden dafür sorgen.

Bei unseren Änderungsvorschlägen haben wir zwei Leitgedanken zugrunde gelegt:

Alleinige Konzentration auf freiwillige Aufgaben, die kommunal positive Wirkung aufweisen, das heißt zum Beispiel mehr Klimaanpassung, um auch lokal das Mikroklima zu verbessern; und weg von abstrakten Klimaschutz mit errechneten CO₂-Einsparzielen, die viel kosten, deren Wirkung aber vor Ort nicht prüfbar ist.

Zweitens, eine Sozialpolitik, die den Geist der sozialen Marktwirtschaft in sich trägt, die die Bundesrepublik stark gemacht hat: Und dazu gehört nicht nur die Unterstützung der Schwachen und Bedürftigen, sondern auch die Normalbürger nicht über Gebühr zu belasten. Ich spreche von der Mittelschicht, der wichtigsten Säule unserer Gesellschaft. Menschen, die jeden morgen früh aufstehen, zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, eine Familie gründen, Kinder großziehen und unserer Stadt damit eine Zukunft geben, keine große Erbschaft zu erwarten haben, aber durch Fleiß Vermögen aufbauen wollen - wenn es gut geht in Form eines Eigenheims und als Absicherung vor Armut im Alter. Genau diesen Menschen schaden die von der Stadtverwaltung vorgelegten Kürzungsvorschläge und Gebührenerhöhungen massiv. Das sind die Menschen, die gerade ein paar Tausend Euro im Jahr zu viel verdienen, um in den Genuss von städtischen Förderungen zu kommen, und durch

die finanziellen Zusatzbelastungen so stark betroffen sind, dass ihre Lebensleistung sich nicht in einem angemessenen Vermögensaufbau abbilden wird. Und besonders junge Familien sind keine Großverdiener, keine Millionäre, weil die Partner meist am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen.

Zum Schluss unsere wesentlichen Änderungsanträge in Kürze:

- Erhalt des Geschwisterkindzuschusses jenseits der bereits beschlossenen Kürzung um 30 %
- Erhalt der ergänzenden Betreuung in Grundschulen, um den Eltern eine tragfähige Alternative zu Ganztagschulen anzubieten und Entgeltbefreiung dafür
- Erhalt des Jugendzuschusses in der Sportförderung
- Erhalt des AVdual als Beitrag, auch jungen Menschen mit schwierigeren Lebensumständen eine Berufsausbildung zu ermöglichen
- Weiterbetrieb des Rheinstrandbades
- Moderate Erhöhung der Parkgebühren um 15 % statt Verdopplung, um besonders in der Innenstadt keine Kunden für die Einzelhändler zu verlieren.
- Streichung, große Überraschung, der Gebührenerhöhung für Anwohnerparkausweise
- Verdopplung des Sammelansatzes zur Klimaanpassung, jedoch Mittelverwendung nur für konkrete Maßnahmen und nicht Öffentlichkeitsarbeit und Konzepterstellung!
- Streichung des Sammelansatzes zum Klimaschutz, weil sehr hohe Kosten und sehr schwer abschätzbarer Nutzen
- Streichung des Förderprogramms Klimabonus
- Streichung der Fördermittel für internationale Zusammenarbeit; unsere Partnerstädte sind davon selbstverständlich ausgenommen

Mit unseren Vorschlägen möchten wir zeigen, wie der städtische Haushalt aus unserer Sicht vom Kopf wieder auf die Füße gestellt werden kann. Weg von abstrakten Zielen und Wunschvorstellungen und hin zu mehr Bürgernähe.

Dankeschön.

(Beifall bei der AfD)

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW), vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Finanzbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren von den Medien und der Öffentlichkeit.

„Wer den Haushalt nicht im Griff hat, verliert die Freiheit zu gestalten.“

Karlsruhe steckt in der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten. Mit über 10.000 Euro Pro-Kopf-Verschuldung stehen wir an der Spitze vergleichbarer Städte – allerdings nicht als

leuchtendes Vorbild, sondern als mahnendes Beispiel. Unser Haushalt ist in einer strukturellen Schieflage. Bereits seit 2021 folgt ein Haushaltssicherungskonzept auf das nächste.

Es ist natürlich richtig: die Kommunen müssen ein Viertel der staatlichen Aufgaben erledigen, erhalten aber hierfür, vereinfacht gesagt nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. In vielen Bereichen sind die Kommunen daher strukturell unterfinanziert, etwa im Bereich des ÖPNV und des Klinikums. Auch das Bundesteilhabegesetz bürdet den Kommunen weitere Kostensteigerungen auf sowie die bereits vereinbarten Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst. Hatten wir bislang lediglich ein „Ausgabenproblem“ durch mangelhafte Gegenfinanzierung und falsche Prioritätensetzung haben wir und das ist jetzt neu jetzt auch noch ein „Einnahmenproblem“ - durch die sinkenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer und der Umsatzsteuer aufgrund der schwachen Konjunktur in Deutschland, von der auch unsere Region nicht verschont bleibt.

Unsere Stadt bezeichnet sich gerne selbstbewusst als Konzern „Konzern Stadt Karlsruhe“. Vom Volumen her stimmt das: wir verfügen über zahlreiche Beteiligungen, Gesellschaften und Tochterunternehmen. Aber wir handeln nicht wie ein Konzern. Ein Konzern wäre effizient, zielorientiert und sparsam. Karlsruhe hingegen produziert Defizite, verschiebt Probleme und erhöht reflexartig Steuern. Wenn wir uns schon als Konzern verstehen, dann müssen wir auch wie ein Konzern handeln – mit klaren Prioritäten, strikter Kostenkontrolle und einer Strategie für Wachstum. Denn es gilt die richtigen Prioritäten zu setzen - Pflicht vor Kür. Pflichtaufgaben wie das Klinikum, wie Schulen, wie Sicherheit und Infrastruktur müssen Vorrang haben. Freiwillige Leistungen hingegen müssen kritisch hinterfragt werden. Dieser Aufgabe haben wir uns als Stadträtinnen und Stadträte nun in den aktuellen Haushaltsberatungen zu stellen.

Denn ein Konzern würde sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren und nicht auf teure Nebenstrukturen. Lassen Sie mich nachfolgend zu den Prioritäten – dem „Kerngeschäft“ des Konzerns ausführen. Hierzu hat man mir großzügigerweise eine Redezeitbeschränkung von 18 Minuten zugestanden – naja in einem Konzern würde es für einen „Elevator Pitch“ reichen, hier wird es jetzt eher ein Parforceritt durch die Kommunalpolitik werden.

Beginnen wir mit dem Wohnen. Das Thema Wohnen ist die soziale Frage unserer Stadtgesellschaft. Gegen die Wohnungsnot hilft nicht das Gängeln privater Vermieter durch immer neue Vorschriften und Stellplatzsatzungen, sondern einzig und allein: bauen, bauen, bauen. Deswegen treten wir auch für ein Maßhalten bei der Grundsteuer ein und lehnen weitere Erhöhungen strikt ab. Sowas wie eine Grundsteuer C ist für uns nicht machbar, das ist ein bürokratischer Moloch, der mit uns nicht Realität werden wird. Hingegen haben wir eine hervorragende städtische Volkswohnung, die ist erfolgreich: gerade haben wir im Klingler Areal in Daxlanden 360 neue Wohnungen geschaffen. Andere Objekte wie das Hochhaus in der Honsellstraße stehen hingegen leer, ohne dass ein Baufortschritt unmittelbar erkennbar ist. Hier muss es schnellstmöglich voran gehen, denn wir brauchen viel mehr Wohnungen. Unsere städtische Volkswohnung darf auch nicht weiter als „Sparkasse“ für den Kernhaushalt missbraucht werden. Ihre Handlungsfähigkeit muss gesichert bleiben. Denn Immer wieder wurde und wird in das Vermögen unserer städtischen Wohnungsbau-gesellschaft eingegriffen, um Haushaltslöcher zu stopfen – das ist verantwortungslos. Wir brauchen nämlich viel mehr Tempo und Flexibilität wie von uns schon immer gefordert: Bei der Überbauung von Supermärkten, bei der Überbauung von Parkplätzen, bei Nachverdichtung, und da wo es sinnvoll ist, und wenn das nicht reicht mit der Nachverdichtung, dann

müssen wir natürlich uns auch in die Höhe entwickeln und wir müssen auch über Außenbereiche nachdenken. Karlsruhe braucht Wohnungen – und zwar schnell! Ein Konzern würde seine Kernprodukte nicht künstlich verknappen, sondern Nachfrage bedienen. Genau das muss Karlsruhe auch tun.

Kommen wir zum Thema Energie und Klima. Karlsruhe ist eine Stadt der Wissenschaft und der Technik – 200 Jahre KIT, Alma Mater Fridericana mahnen uns zu Neugier, Innovation und zu Verantwortung. Deshalb setzen wir auf einen breiten Energiemix und Technologieoffenheit. Neben Fernwärme und Wärmepumpen müssen auch weitere Zukunftstechnologien wie Wasserstoff ihren Platz haben. Wir haben daher dem neuen Gaskraftwerk mit H₂-ready-Technologie zugestimmt, weil es Versorgungssicherheit schafft und den Weg in die Wasserstoffwirtschaft ebnet. Am Messplatz auf dem Standort des ehemaligen Gasometers entsteht eine neue Landmarke, die vom Energiewandel kündigt – der neue Wärmespeicher für die Wohngebiete im Karlsruher Osten. Das ist gut. Gleichzeitig wollen wir, dass Karlsruhe durch exzellente Forschung am KIT wieder eine führende Rolle bei der Energieforschung übernimmt.

Denn genau jetzt werden vom Bund die Fördermittel zur Erforschung der Kernfusion verteilt – jetzt hat Karlsruhe mit seinem KIT die Chance erneut zur Weltspitze der Forschung zu werden! Denn ein Konzern würde prioritär in Technologien investieren, die langfristig tragen. Genau das fordern wir von Karlsruhe: technologieoffen, effizient, ergebnisorientiert.

Beim Klimaschutz gilt für uns: Realismus statt Symbolpolitik. Viel zu oft wurde in der Vergangenheit von diesem Gremium hier jedwede Ausgabe durchgewunken, der man auch nur im Entferntesten das Label „Klima“ anheften konnte. Prestigeprojekte und ideologisch motivierte Ausgaben sind aber in der jetzigen Haushaltslage nicht mehr verantwortbar. Ein Beispiel dafür ist die Karlsruher Energie- und Klimaagentur KEK, die im Jahr 2009 mit drei Mitarbeitern gestartet ist inzwischen aber nach eigener Website etwa 30 Mitarbeiter beschäftigt. Natürlich leistet die KEK eine ordentliche Beratung rund um die Themen Klima, Energie und Mobilität. Das wird von uns gar nicht in Frage gestellt! Die Frage ist vielmehr: muss dies eine Agentur leisten, die von der Stadt Karlsruhe und den städtischen Stadtwerken finanziert wird?

Beratung zu Energiefragen kann zum Beispiel auch Handwerkskammern leisten – praxisnah und ohne zusätzliche Kosten für den städtischen Haushalt. Wir beantragen daher die Abschaffung der KEK und die Umschichtung der Mittel in konkrete Klimaanpassung: in Grünflächen, in Brunnen und den ÖPNV. Unser Ziel muss sein, CO₂-Reduktion effizient zu erreichen – nicht durch teure Sonderwege wie die KEK, sondern durch konkrete Maßnahmen, die Wirkung zeigen.

Klimaneutralität 2040 klingt gut, aber wenn Bund und Europa 2045 und 2050 anstreben, darf Karlsruhe nicht durch Überbietungswettbewerbe die eigene Handlungsfähigkeit ruinieren. Ein Konzern würde sich keine eigene Inhouse Beratungs-Agentur leisten, sondern lässt externe bewährte Experten kostengünstige und professionell machen!

Wirtschaft stärken Einnahmen sichern. Das Thema Wirtschaft fand heute bisher gar nicht statt. Karlsruhe verliert an Attraktivität für Unternehmen. Lange Genehmigungsverfahren, hohe Steuern und fehlende Flächen schrecken Investoren ab. Wir fordern schnellere

Genehmigungen – zehn Jahre für die Entwicklung des ROTAG-Areals sind inakzeptabel. Wir brauchen neue Gewerbeflächen, evtl. auch in Außenbereichen, und wir brauchen vor allem Dingen eine echte Willkommenskultur für Investoren. Karlsruhe muss ein Eldorado für Unternehmen werden, denn nur so sichern wir langfristig unsere Einnahmen. Ein Konzern investiert in Wachstumsmärkte – Karlsruhe muss das auch sein.

Die Verwaltung selbst ist ein weiterer Bereich, in dem wir dringend handeln müssen. In den letzten Jahren wurden fast 1.000 neue Stellen geschaffen. Mehr Personal löst aber keine strukturellen Probleme. Wir brauchen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz in Bürgerbüros und Auskunftsdiensten, wir brauchen die Zusammenlegung von Ämtern und die Abgabe nicht mehr benötigter Immobilien. Auch ein Neuzuschnitt der Dezernate mit einem stärkeren Fokus auf Wirtschaftsansiedlung wäre sinnvoll. Doch genau hier zeigt sich ein weiteres Problem: Die bestehende „große Koalition“ aus Grünen, SPD und CDU hier im Gemeinderat sichert sich gegenseitig die Bürgermeisterposten. Damit verhindert sie, dass neue Köpfe mit frischen Ideen aus kleineren Fraktionen oder aus der Wirtschaft überhaupt eine Chance haben. So bleibt die Verwaltung in ihren Strukturen verhaftet, anstatt sich zu erneuern. Ein Konzern würde niemals zulassen, dass Führungspositionen ausschließlich nach parteipolitischen Mehrheiten verteilt werden. Ein Konzern würde die besten Köpfe suchen – unabhängig von Herkunft oder Parteibuch – und sie dort einsetzen, wo sie den größten Mehrwert bringen. Genau das brauchen wir für Karlsruhe: eine Verwaltung, die sich nicht selbst verwaltet, sondern die Stadt nach vorne bringt.

Kommen für zu Mobilität und Infrastruktur. Eine zukunftsfähige Stadt braucht ein verlässliches und finanzierbares Mobilitätskonzept: Das Rückgrat einer zukunfts-gewandten urbanen Mobilität ist der Öffentliche Nahverkehr. Gleichzeitig ist das Defizit unseres ÖPNV in Höhe von etwa 100 Millionen eines der größten Löcher unserer Stadt. Wir fordern eine neue Finanzierungsbasis mit Bund und Land, lehnen aber den „Landes-Mobilitätspass“ strikt ab – er ist nichts anderes als eine Zwangsgebühr für alle Bürger, egal ob sie den ÖPNV nutzen oder nicht. Projekte zum Autonomen Fahren im öffentlichen Nahverkehr bieten Chancen für Kostenoptimierung und Entlastung beim Fachkräftemangel. Hier hat Karlsruhe bereits ein Testfeld für autonomes Fahren und einen Zeithorizont für einen autonomen Schienenverkehr auf der Albtalbahn im Jahr 2030.

Dort gilt es zu investieren und Mittel einzuwerben um vielleicht ein neues weiteres „Karlsruher Modell“ zu etablieren, von dem auch künftig andere Regionen profitieren können.

Aber auch der Motorisierte Individualverkehr hat in der Stadt der Zukunft eine Bedeutung – trotz ÖPNV und trotz erfolgreichem Carsharing. Noch immer können vielen Bewohner dieser Stadt nicht auf das Automobil verzichten. Die angedachte Verdoppelung der Kosten von Anwohnerparkausweisen lehnen wir in der vorgeschlagenen Höhe ab – genauso wie die Vervielfachung von Parkgebühren im öffentlichen Raum. Denn, statt den Einzelhandel zu unterstützen, wie wir das damals mit der Brötchentaste für kostenfreies Parken in Durlach und Mühlburg taten, würden wir die letzten noch existierenden Geschäfte ab, in dem wir sie vom Kundenstrom abschneiden, mit der Folge der weiteren Verödung der Innenstadt und der B-Zentren. Die geforderten 8 Euro für eine Stunde Parken im öffentlichen Raum sind absolut wirklichkeitsfremd, die dienen vor allem einem: dem vermeintlichen, ich sage dem vermeintlichen Füllen des Stadtsäckels, denn für die Besucher unserer Stadt ist fraglich ob sie dann überhaupt noch kommen und wenn sie kommen ob sie dann auch

wirklich einen Parkschein ziehen oder sie es einfach darauf ankommen lassen. Wir bezweifeln das!

Natürlich müssen wir auch in Infrastruktur für Radfahrer und Fußgängerinnen investieren und diese sicherer machen. Rein Ideologisch geprägte Förderungen wie für E-Lastenräder oder die Bevorzugung von Leihfahrrad-System im Vergleich zu Leih-E-Scootern lehnen wir allerdings ab. Auch teure Verkehrsversuche, wie zusätzliche Fahrradstraßen ohne Konsens bei den Anwohnern und den Handelstreibenden sind nicht zielführend.

Wir setzen uns hingegen ganz klar ein für die 2. Rheinbrücke als zentrale Maßnahme der Wirtschaftsförderung. Denn wir brauchen die Pendler aus der Pfalz als Arbeitnehmer und als Kunden unseres Einzelhandels. Gleichzeitig muss die Wohnbevölkerung an der Peripherie vom Durchgangsverkehr entlastet werden: die zweite Rheinbrücke im Westen muss kommen und dann an die B36 angeschlossen werden.

Und im Osten und das sage ich ganz deutlich muss die Ortsumfahrung von Hagsfeld endlich Realität werden, die lokale Wirtschaft dort hat bereits signalisiert, dass man sich erneut finanziell beteiligen werde. Dieses Projekt darf nicht auf den „St. Nimmerleinstag“ verschoben werden meine Damen und Herren. Denn ein Konzern würde in Infrastruktur investieren, die Wachstum ermöglicht und nicht in ideologische Experimente.

Kommen wir zu Kultur, Sport und Gesellschaft. Auch die Kultur-Szene muss ihren Beitrag leisten. Ja Kürzungen sind hart, aber notwendig. Und deshalb ist auch dort eine Priorisierung gefragt. Wir werden daher in den Haushaltsdiskussionen einen Vorschlag vorlegen, bei dem die Verwaltung mit der Kulturszene erneut in den Dialog gehen wird, um individuelle Lösungen zu finden mit dem Ziel Vielfalt möglichst weitgehend zu erhalten.

Projekte mit vorrangig gesellschaftspolitischen Zielen müssen hingegen kritisch hinterfragt werden. Demokratie- und Vielfaltsförderung sind prioritär die Aufgaben von uns Parteien oder Bürgerinitiativen. In diesen Fällen muss sich die Stadt bei der Finanzierung künftig zurückhalten. Denn NGOs – Nichtregierungsorganisationen sollten unabhängig von öffentlicher Förderung sein, nur dann sind sie wirklich glaubhaft.

Zur Finanzierung von Kultur und gesellschaftlichen Projekten soll künftig noch mehr auf Mäzenatentum und Drittmittel gesetzt werden, denn die freiwilligen Leistungen die wir als Stadt investieren müssen zielgenau wirken – jeder eingesetzte Euro soll großen Nutzen stiften. Das gilt auch für das Ehrenamt, es gilt es dort zu fördern, wo es indirekt Kosten spart.

Ein gutes Beispiel dafür wäre, auch künftig die Hundekotbeutel aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren, wenn gleichzeitig die Logistik drum herum von den Freiwilligen im Ehrenamt in den Bürgervereinen geschultert wird.

Im Sport wollen wir den Breitensport stärken, statt Millionen in Nischenprojekte zu stecken. Besonders deutlich wird der Missklang beim Thema World Games 2029: Ein zweiwöchiges Event für Exoten-Sportarten soll mit Millionenbeträgen aus dem städtischen Haushalt unterstützt werden – während gleichzeitig den Sportvereinen vor Ort die Zuschüsse für die Jugendarbeit gekürzt werden. Dafür haben Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis. Sie erwarten zu Recht, dass die Stadt zuerst die Basis stärkt: die Vereine, die Woche für Woche

Kinder und Jugendliche betreuen, die Integration leisten und Ehrenamt fördern. Das ist das Fundament unseres Sportsystems – und nicht ein kurzfristiges Prestigeprojekt.

Denn ein Konzern würde niemals Millionen in ein Marketing-Event investieren, wenn gleichzeitig die Mittel für die Ausbildung des Nachwuchses fehlen. Ein Konzern würde sein Kerngeschäft sichern – genau das fordern wir für Karlsruhe: Die Stärkung der Vereine, Förderung der Jugendarbeit, Unterstützung des Ehrenamts.

Investitionen mit Augenmaß mit einer Strategie für Wachstum. Investitionen sind notwendig, mit Augenmaß. Gemessen an den Investitionsvolumina der Stadt ist die Eigenkapitalquote gering und alarmierend! Hier sehen wir keinerlei Verbesserungen oder Ambitionen. Die Tilgungsleistungen werden weiter ansteigen und den Spielraum weiter einschränken.

Unsere Prioritäten sind klar: Schulbau und Schulsanierung, Infrastrukturprojekte für die Wirtschaft und den Verkehr und Maßnahmen zur Erhöhung der Krisenresilienz. Denn ein Konzern würde dort investieren, wo langfristig Rendite oder Sicherheit entsteht.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, eine Stadt ist kein echter Konzern – aber sie kann von der Wirtschaft lernen. Haushaltspolitik ist kein Zahlenspiel – sie ist Ausdruck unseres politischen Gewissens. Als Liberale und Freiheitliche stehen wir für wirtschaftliche Vernunft, für klare Prioritäten und für den Mut, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen. Ja - Sparen tut weh! Aber wir tun das nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung gegenüber den Menschen in dieser Stadt. Denn nur wer solide wirtschaftet, schafft Spielräume für die Zukunft – für Bildung, für soziale Teilhabe, für kulturelle Vielfalt.

Wir wollen nicht spalten, sondern verbinden. Denn gerade in Zeiten knapper Mittel braucht es Zusammenhalt statt Klientelpolitik, Ehrlichkeit statt Illusionen. Die FDP/Freie Wähler-Fraktion steht für eine Haushaltspolitik, die den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur etwas abverlangt, sondern ihnen auch etwas zurückgibt: Nämlich das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit ihrer Stadt.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Karlsruhe nicht nur zahlungsfähig bleibt, sondern zukunftsfähig wird. Vielen Dank.

(Beifall bei FDP/FW)

Stadtrat Gaukel (Volt), vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Einwohner*innen. Unser erster Doppelhaushalt - sicher nicht das, was wir uns vorgestellt haben. Wir haben heute schon viel dazu gehört, was der Doppelhaushalt ist und wie wir hierhergekommen sind - klang alles so ein bisschen nach same procedure as every two years. Und echt lang solche Haushaltsreden ... Wir haben ja angefragt ob man nicht auch eine Präsentation machen kann. Wir kennen ja die Aufmerksamkeitsspanne unserer Generation - leider wurde uns das verwehrt. Aber damit Ihr dennoch etwas Abwechslung bekommt, teilen wir uns diese Rede und Ihr bekommt nachher auch noch die hübschen Gesichter meiner beiden Kolleg*innen zu sehen.

Die Vorstellungsmodalitäten sind aber nicht die einzige Prozesskritik die wir haben. Denn wir haben uns die letzten Monate viele Fragen gestellt und da dann auch einige Verbesserungsvorschläge für die künftigen Haushaltsprozesse erarbeitet. Denn wir entscheiden zwar

nur über den kommenden Doppelhaushalt, aber uns ist wichtig, auch die nächsten im Blick zu haben. Etwas, was unserer Meinung nach die letzten Jahre vernachlässigt wurde. Ich darf die nächsten Minuten nutzen, um über den Prozess zu informieren und was schief lief. Adina übernimmt dann unsere Prioritäten und einen Appell für den zukünftigen Strategieprozess. Kien schließt dann noch mit einem Fazit, danke und ein paar Anträgen.

Aber vorab der Disclaimer - das ist Prozess Kritik und keine am Menschen. Wir erleben Tag für Tag, wie die Verwaltung am Anschlag ist und wir sind überzeugt, dass sie am Ende auch das Beste für die Stadt will. Wie hoffentlich wir alle. Das ist unser Ansatz: konstruktiv, progressiv und positiv und das ist auch unser Menschenbild.

Aber jetzt Tacheles. Karlsruhe spart seit 10 Jahren und hat mittlerweile die 4. Haushaltssicherungsstufe erreicht - nichts auf das man stolz sein kann. Und zwar wurde zwar immer mehr gespart aber die grundsätzliche Sparsystematik ist gleichgeblieben. Das ging viele Jahre gut und hat auch am Anfang sicherlich Sinn ergeben. Ein Haushalt wurde aufgestellt. Er ist eine priorisierte Verteilung, auch wenn das eher historisch gewachsen ist als faktisch hergeleitet und nun spart man gegebenenfalls dieser Priorisierung gleichmäßig ein. Denn einsparen kann man grundsätzlich überall; Effizienzsteigerung, alte Prozesse hinterfragen. Ein Sparhaushalt kann auch eine Chance sein. Und so waren die ersten Runden sicher nicht schön, aber am Ende machbar und so Manches Projekt und manche Ideen sind daraus entstanden. Dies geht aber nicht unendlich weiter, irgendwann ist jeder Stein umgedreht, die letzte Zitrone ausgequetscht und die Arbeit von 10 schon auf 7 Leute verteilt. Und am Ende bestraft es vor allem auch die, die den Prozess ernst nehmen und wirklich alles hinterfragen, um die Ziele zu erfüllen oder sogar zu übertreffen. Und so bleibt in Runde 4 dann nur noch übrig, was man die Jahre zuvor versucht hat zu schützen.

Für die Politik bleiben dann 3 Tage, um zwischen Pest und Cholera zu entscheiden. Nein, dafür möchte ich jetzt kein Mitleid, denn auch sind wir vor allem dafür gewählt. Dennoch finde ich wichtig, zu betonen, am liebsten würden wir natürlich gar nicht sparen und jeder Einschnitt tut mittlerweile weh. Umso wichtiger ist es uns, dass wir in 2 Jahren nicht wieder herkommen. Bund und Land werden ihren Pflichten sicher nicht auf einmal nachkommen.

So ein Haushalt zu komplex. Das haben die letzten Wochen und Monate nochmal stark gezeigt und das ist ein weiterer Nachteil unserer aktuellen Sparsystematik. Bis die Vorschläge geprüft bei uns ankommen, dauert es und oft fehlt eine Erklärung zu den Auswirkungen. Hier kann die Informationsdichte auch sehr unterschiedlich sein; aus manchen Bereichen gab es erst die fertigen Vorschläge und bis dahin wenig Infos, damit war eine frühzeitige Debatte gar nicht möglich. Aus anderen gab es immer wieder Wasserstandsmeldungen, das führt zu Unruhe und unterschiedlich kursierenden Informationen. Und als Stadtrat war man sich manchmal nicht sicher: Was ist jetzt öffentlich von dieser Info? Was ist der Stand? Wann gibt es die nächsten Infos und was ist noch nicht öffentlich?

Bestes Beispiel: unser Kernthema, Europa, da standen auch einige Einsparvorschläge auf der Liste, für uns ein No-Go, also haben wir geschaut was kann man davon sparen, was können wir da zurücknehmen. Wir haben dann bei der nächsten Liste der Sparvorschläge die nicht mehr gefunden. Für uns natürlich schön und an der Stelle auch danke an die Verwaltung, dass die Kürzungen überdacht wurden. Trotzdem haben wir auch da natürlich noch einen Vorschlag, wie wir weiterhin unsere Städtepartnerschaften sicherstellen können.

Dieses Beispiel zeigt sehr gut: unabhängig von der Frage, wie wir künftig sparen, ist vor allem auch das Thema Kommunikationskonzept ein wichtiges Thema. Das fängt gegenüber dem Gemeinderat an, denn wenn wir nicht wissen wie der Stand ist, können wir diesen auch nicht nach außen teilen. Aber vor allem geht es auch um die Träger*innen und die Einwohner*innen. Wie hier die richtige Waage zwischen frühzeitiger Information und warten auf die geprüften Vorschläge ist, da sind wir uns auch nicht sicher. Eine Bürgerversammlung nach der Antragsfrist, halten wir aber definitiv dafür für zu spät. An der Stelle aber auch Danke für die Linken, die diese damals beantragt haben. Aber ja, lasst uns daran arbeiten, dass das nächste Mal für den Doppelhaushalt ein richtiges Kommunikationskonzept steht.

Denn auch eine zentrale Informationsplattform halten wir für relevant. Denn der Haushaltsentwurf ist erschlagend und zeigt nicht, was sich konkret ändert. Hier ein Onlineangebot zu den aktuellen Infos oder auch generelle Erklärungen zum Haushalt helfen interessierten Einwohner*innen aber auch Stadträten sich zu informieren und damit auch selbst zu Multiplikatoren dieser Informationen zu werden.

Und was wir sonst noch im Haushalt haben möchten, darüber informiert euch jetzt Adina.

Stadträtin Geißinger (VOLT), vom Rednerpult sprechend: Danke Fabian. So viel zur Kritik, jetzt kommen wir zum Plan. Was genau wollen wir denn anders machen? Kurz gesagt: Wir wollen strategisch priorisieren statt weiter alle zwei Jahre den Rasenmäher auszupacken. Wir brauchen einen Neustart und das auch direkt im neuen Jahr. Und das ist unser erster und vielleicht wichtigster Antrag: eine Strategie für die Zukunft unserer Stadt.

Lasst uns als Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft an einen Tisch setzen und darüber sprechen: Was für eine Stadt wollen wir sein? Welche Ziele verfolgen wir und wie kommen wir da hin? Die Verwaltungsaufträge unseres Oberbürgermeisters sind ein Startpunkt, aber sie reichen nicht aus. Denn genau dort zeigt sich jetzt schon ein Zielkonflikt: Die Personalstellen werden gesamtstädtisch nach und nach reduziert. Doch wie können weniger Menschen mehr Aufgaben schaffen? Ohne Überstunden und Burn-Out vermutlich gar nicht.

Das lässt für uns nur den Schluss zu, nicht nur strategisch uns neu aufzustellen, sondern auch mehr zu automatisieren und zu digitalisieren. Allerdings wird auch das IT-Amt künftig trotz steigendem Bedarf mit weniger Stellen zurechtkommen müssen. Dabei müssen wir jetzt investieren und z. B. die RPA-Bots. Die Bots automatisieren aktuell jetzt schon in der Ausländerbehörde einfache Routineaufgaben und die Nachfrage anderer Ämter ist enorm. Leider laufen die zwei Projektstellen im IT- und Personalamt Ende nächsten Jahres aus, daher fordern wir als Volt eine halbe Stelle im IT-Amt zur Verstetigung und Weiterentwicklung dieses tollen Projekts.

Die Herausforderungen in unserer Stadtverwaltung nehmen zu, während die personellen Ressourcen abnehmen – und das macht mutige, nachhaltige Entscheidungen notwendiger denn je.

Und auch im Bereich Gewalt gegen Frauen haben wir bereits Strukturen geschaffen, um die uns andere Kommunen beneiden. Wir haben bereits eine Opfer- und Täterberatung. Dennoch wird die Clearingstelle für Täterberatung im Gegensatz zur Opferberatung noch

nicht städtisch gefördert. Dabei sind präventive Ansätze wichtiger denn je - nicht nur, weil die Fallzahlen steigen, sondern auch, um langfristig Kosten zu sparen. Männer finden bei der Täterberatung beim Verein für Jugendhilfe eine vertrauenswürdige Anlaufstelle, wenn sie selbst einsehen, dass Gewalt keine Lösung ist. Inzwischen melden sich auch immer mehr Männer, aber leider steigt die Rückmeldezeit und das führt dazu, dass immer weniger Männer die Hilfe am Ende tatsächlich annehmen. Doch jeder Täter weniger, schützt viele Frauen davor, Gewalt überhaupt erleben zu müssen. Deswegen fordern wir als Volt mehr Prävention und damit 12.000 € pro Jahr für den Verein für Jugendhilfe.

Bei all unseren Anträgen hat uns vorrangig motiviert, nicht auf Kosten der Zukunft zu sparen, sondern zu investieren, um langfristig zu sparen. Außerdem wollen wir die Gemeinschaft stärken und das vor allem im Bereich Kinder, Jugend sowie der queeren und migran-tischen Community. Dass das allerdings nur bedingt möglich ist, bei einem so großen Defi-zit ist vermutlich sehr einleuchtend. Also was heißt das dann konkret für uns? Zum Beispiel, dass wir auch auf kostenfreie- und kostenarme Maßnahmen setzen, wie beispielsweise durch bessere Informationen über die Mietspiegel als Beilage zu jedem Meldeschein.

Aber komplett ohne Geld geht's auch nicht. Wir als Volt wollen nicht an den muttersprach-lichen Kita-Lots*innen sparen. Denn ohne Sprachkenntnisse und soziale Interaktion gelingt Integration nicht - und die beginnt nun mal in der Kita. Für heruntergerechnet nur 300 € pro Kind tragen wir mit diesem tollen Projekt zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei. Und was sind schon 300 € gegen eine Perspektive für junge Menschen und nicht zu vergessen, ei-nem Elternteil mehr auf dem Arbeitsmarkt?

Anhand dieser zwei Beispiele erkennt man zwei Dinge: Wir schauen uns genau an, welche Maßnahmen welche Menschen wie treffen- und wir lieben Zahlen. Allerdings nicht um der Zahlen willen, sondern weil Volt für faktenbasierte und evidenzbasierte Politik steht. Dafür sind gerade interkommunale Vergleiche super hilfreich. Sie zeigen uns, wo wir im Vergleich zu anderen Kommunen stehen. Sie zeigen uns auch, Karlsruhe ist bereits ganz oben mit dabei: wir haben trotz Erhöhungen eine der niedrigsten Kitagebühren, eine top-Bäderland-schaft und leider auch eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen.

Trotzdem bleibt die Frage: Wie sieht es denn mit der Gegenfinanzierung aus? Entweder wir kürzen wo anders oder wir erhöhen die Einnahmen. Ein Mittel unserer Wahl sind gestaf-felte Gebühren für den Bewohnerparkausweis. Ein Smart kostet dann deutlich weniger als ein SUV. Damit dann allerdings nicht alle die Nachbarstraße zuparken, ist eine Ausweitung der Zonen dringend nötig.

Die Frage nach der Verteilung des öffentlichen Raums hat uns auch veranlasst, eine Erhö-hung der Gebühren für Werbetafeln vorzuschlagen. Denn in beiden Fällen gilt: Wer öffent-lichen Raum zuparken oder bekleben möchte, muss auch dafür zahlen.

In harten Zeiten müssen wir außerdem auf Partner setzen, zum Beispiel durch Sponsoring von Sporthallen. Auch wollen wir den Ansatz für Straßensanierungen reduzieren, um mehr Luft für andere Projekte zu schaffen. Denn was bringen uns top Straßen in einer toten Stadt. Trotz aller Bemühungen konnten auch wir keine 80 Mio. finden und leider auch keine reiche Tante, daher haben wir sehr viele wirklich sehr viele Gespräche geführt, um zu verstehen, wo wir jetzt akut handeln müssen - dazu mehr von Kien.

Stadtrat Nguyen (VOLT), vom Rednerpult sprechend: Danke Adina. Wie du gerade beschrieben hast, waren es echt viele Gespräche. Viele davon habe ich im Kulturbereich geführt. Da ging es um Schicksale, um Lebenswerke, um Menschen, die seit Jahrzehnten unsere Kulturszene prägen. Das hat uns echt berührt.

Und natürlich: Wir würden Kultur am liebsten ausbauen, nicht kürzen. Aber wenn wir schon entscheiden müssen, dann auf eine ehrliche Art. Ein paar Tausend Euro mehr machen den Braten nicht fett – sie sorgen aber auch nicht dafür, dass eine Einrichtung wirklich überlebt. Statt Kultur alle zwei Jahre zittern zu lassen und sie damit schleichend in den langsamen Tod zu schicken, müssen wir uns fragen: Ist es wirklich richtig, dass Kultur sich von Haushalt zu Haushalt hangeln muss? Mitarbeitende wissen nicht, wie es weitergeht, Projekte können nicht verlässlich geplant werden. Und genau hier geht es um Grundsätzliches: Welche Prioritäten setzen wir als Stadt? Welche klaren Förderrichtlinien gelten? Langfristig müssen wir das definieren. Kurzfristig sind Volts Kriterien für den nächsten Doppelhaushalt aber klar: Wir schützen die Einrichtungen, die besonders verletzlich sind und die Angebote vor allem für Kinder und Jugendliche machen. Dazu gehören für uns der Werkraum und die Kindermalwerkstatt. Das sind Orte, an denen Kinder Zugang zu Kunst und Kultur bekommen – oft unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Dieser Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist uns wichtig und daher gehen wir keine Kürzungen mit.

Denn wir leben in einer Zeit, in der politische Ränder stärker werden. Die Sprache wird härter. Hass wird normal. Im Netz, aber auch im Alltag. Und die ersten, die das abkriegen, sind Minderheiten. Ein kleines Beispiel aus Karlsruhe: Die Infostele des Regenbogenfußweg wurde kurz nach der Einweihung beschmiert. Das ist kein Zufall. Die Bedrohung ist echt, sie ist hier. Wir sagen deshalb ganz klar: Die queere Community braucht nicht weniger Unterstützung, sondern mehr. Daher gehen wir die Kürzungen beim Queeren Zentrum QueerKastle und dem CSD nicht mit. Mit QueerKastle hat Karlsruhe endlich ein queeres Zentrum erhalten. Es ist Treffpunkt nicht nur für die Community, sondern auch weitere Gruppen wie dem CSD; Das sind Gruppen, denen teilweise selbst Kürzungen hervorstechen. Der Erhalt dieses Zentrums fördert direkt weitere queere Vereine, und dafür sollten wir als Stadt stehen. Der CSD wird von Jahr zu Jahr größer und ist mittlerweile ein Aushängeschild der Stadt, geworden und damit wird auch gerne gebrüstet vor allem im Pride Month. Gemessen daran ist die Förderung schon seit Jahren zu gering und diese weiter zu verringern ist nicht nur falsch, sondern auch scheinheilig. Das Gleiche gilt bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus und beim Runden Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung. Diese Gelder zu streichen, wäre ein fatales Zeichen – gerade jetzt. Natürlich erreichen diese Projekte nicht jeden, der schon abgedriftet ist. Aber sie stärken die Menschen, die jeden Tag gegen Rassismus kämpfen. Und wenn wir als Gesellschaft nicht alle diesen Kampf ständig führen, dann müssen wir wenigstens diejenigen unterstützen, die es tun – als Speerspitze sozusagen. Aber wir sind froh, dass zumindest das Willkommensprojekt für Zugewanderte AniKA verstetigt wird. Wir möchten hier das Informationsangebot zu den Themen rund um Arbeit verbessern und AniKA finanziell noch stärker ausstatten.

Wir sind in diesen Gemeinderat gestartet, und wir wollten gestalten, Dinge anders machen. Stattdessen standen wir oft vor der Frage: Wo tut es am wenigsten weh? Wen treffen wir weniger hart? Es waren Entscheidungen zwischen Pest und Cholera, wie Fabian schon gesagt hat. Besonders das Erklären dieser Entscheidungen war kein Spaß, gerade weil wir diese Argumente der anderen oft gut verstehen konnten. Nicht immer – aber

meistens. Ich selbst musste in den letzten Monaten viel über meine Rolle als Stadtrat lernen. Über Verantwortung, über Abwägungen, über Kompromisse. Und über Geduld.

Alleine hätten wir das nicht geschafft. Deshalb geht ein großer Dank an unsere Fraktionsmitarbeitenden und an alle externen Vertreter*innen, die uns unterstützt haben. Danke auch an die Kolleg*innen aus den anderen Fraktionen. Wir hatten harte Diskussionen – aber auch sehr viele konstruktive Momente. Diese Gespräche haben uns wachsen lassen. Wir wurden von euch und der Stadtverwaltung von Tag 1 an sehr gut aufgenommen und hierfür ein herzliches Danke!

Zum Schluss ein Appell an Anwesenden und vielleicht auch an die, die zuschauen: Wir müssen als Stadtgesellschaft zusammenhalten. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Jede und jeder hier trägt Verantwortung dafür, wie wir miteinander reden – und wie wir miteinander umgehen. Wir wollen eine Stadt, in der wir uns gegenseitig stärken. Und in der wir ehrlich bleiben – auch wenn es mal weh tut. In der wir Probleme gemeinsam lösen. Vielen Dank.

(Beifall)

Stadträtin Berghoff (Linke) vom Rednerpult sprechend: Liebe Karlsruher*innen, liebe Kolleg*innen der demokratischen Parteien, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, einmal mehr lautet die Devise „wir müssen sparen“. In der mittlerweile vierten Runde der Haushaltssicherung sind wir mit einem Entwurf konfrontiert, der uns Linke ehrlich gesagt entsetzt. Deshalb wird diese Etatrede eher eine Grundsatzrede. „Sparen“. In einem Teil dieses – nebenbei bemerkt ziemlich wohlhabenden - Bundeslandes wird Sparen als eine Tugend begriffen, die viel darüber aussagt, wie gut man mit Geld umgehen und Mittel anhäufen kann. Wir sparen uns gerade kaputt. Deshalb möchte ich diesen Begriff vermeiden und von „Kürzungen“ sprechen. Und zwar von Kürzungen in so ziemlich allen Bereichen des städtischen Lebens. Kürzungen, die alle Karlsruher*innen treffen.

Zuerst möchte ich auf ein Thema eingehen, dass ebenfalls uns alle betrifft – und das ist die Klimakatastrophe. Auch wenn das Thema durch eine von Rechts befeuerte Scheindebatte über Migration quasi aus dem öffentlichen Diskurs geschoben wurde, ist es nicht aus der Welt. Im Gegenteil. Die Klimakatastrophe bedroht unsere Lebensgrundlage und wird uns alle treffen. Klar ist es verlockend, sich den großen Topf des Dezernats 5 anzuschauen und zu sagen „Was ein Glück, dass da in den letzten Jahren so ein großes Budget für Klimaschutz bereitgestellt wurde, da können wir locker ein bisschen was wegnehmen“. Das haben wir ja vorhin von rechts außen gehört. Nein. Klimaschutz kann und darf nicht zur alleinigen Aufgabe des Individuums werden und hat sich sicher nicht mit dem Einkauf regionaler Produkte, der Anschaffung eines E-Autos oder einer Wärmepumpe durch Eigenheimbesitzer erledigt. Umwelt- und Klimaschutz ist ein gemeinsamer Kraftakt, zu dem auch die Stadt Karlsruhe ihren Beitrag leisten muss. Und dazu muss sie finanziell in der Lage sein.

Ein essenzieller Punkt in Sachen Klimaschutz ist die Verkehrspolitik. Es nervt maßlos, wie groß der Aufschrei in diesem Gremium ist, wenn irgendwo eine Handvoll Parkplätze wegfällt, oder wie mit den Augen gerollt wird, wenn man nur das Wort „Radweg“ erwähnt. Aber wenn die nächste Runde Preiserhöhungen im ÖPNV ansteht oder an der Taktung geschraubt werden soll, herrscht in Teilen dieses Hauses Stille. Dabei ist ein gut

funktionierender und vor allem bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr die wichtigste Stellschraube beim Klimaschutz. Gleiches gilt natürlich für eine gut ausgebaute, sichere Fahrrad-Infrastruktur. Beides ist nun von Kürzungen bedroht. Wir müssen weg von der autozentrierten Verkehrspolitik und sehen gerade an dieser Stelle durchaus noch Potential, Mittel verschieben zu können. Es muss unsere Priorität sein, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken und wieder bezahlbar und ja langfristig kostenfrei zu machen.

Ein paar lobende Worte zwischendurch – und zwar in Richtung Volkswohnung. Die hat mit der Fertigstellung hunderter Wohnungen in Verbindung mit einer erhöhten Quote geförderten Wohnraums einen hervorragenden Job gemacht – und das unter schwierigen Voraussetzungen. Das kann sie allerdings nur tun, solange sie handlungsfähig bleibt. Für uns ist daher klar, dass - unabhängig davon, wie unsere Verhandlungen laufen - keine Mittel der Volkswohnung zur Sanierung des Haushalts entnommen werden. Einen entsprechenden Antrag werden wir einbringen.

Die Schattenseite: das reicht nicht. Insbesondere bezahlbarer Wohnraum ist und bleibt in Karlsruhe absolute Mangelware. Luxuswohnraum hingegen haben wir genug. Wir werden uns deshalb für die weitere Umsetzung der sozialen Erhaltungssatzung in der Südstadt stark machen, um Gentrifizierung und weiterem Luxuswohnbau vorzubeugen. Und hallo FDP wir wollen die Grundsteuer C auch, nur das einmal am Rande.

„Weniger ist mehr“ gilt für das städtische Personal. Aber sicher nicht im positiven Sinne. Der drastische Stellenabbau bedeutet: mehr Arbeit für alle anderen. Das macht uns Sorgen. Schon jetzt, bei etwa 500 nichtbesetzten Stellen, hören wir von Überlastung und hohem Krankenstand. Wie wird es wohl sein, wenn wie geplant weitere 450 Stellen unbesetzt bleiben? Das müssen wir zum Wohle der Angestellten im Auge behalten und auch dazu werden wir einen entsprechenden Antrag stellen. Zum geplanten Verzicht auf die Erhöhung der Eigenreinigung werden wir den bei der DGB-Hauptversammlung vergangenen Woche einstimmig beschlossenen Antrag einbringen.

Kommen wir zum größten Brocken - Kultur und Soziales. Letzten Samstag war ich bei der Kundgebung des Kulturrings. Da wurde in Redebeiträgen die Entscheidung für die World Games mehrfach angesprochen. Es wurde die Wertschöpfung erwähnt, die dieses millionenschwere, einmalige Event laut der Stadt mit sich brächte. Die Wertschöpfung, die die Kulturszene in Karlsruhe generiere, würde hingegen nicht gesehen und gewürdigt. Wir können uns dieser Sichtweise anschließen. Das spiegelt sich auch in dem „Rasenmäher“-Entwurf im Kulturbereich wider. Ohne jeglichen Respekt und ohne Rücksicht auf Verluste.

Ich erinnere mich noch gut an das Kulturgespräch im Staatstheater, als Bürgermeister Käuflein sinngemäß sagte „wir haben einen Entwurf vorgelegt, nun sind die Stadträte und Stadträtinnen am Zug“. Wir Linke werden diesen schwarzen Peter nicht aufnehmen. Wir erteilen dem Vorgehen eine klare Absage und hoffen, gemeinsam mit anderen Fraktionen wenigstens die existenzbedrohten Einrichtungen über Wasser halten zu können. Denn - und das sage ich ohne Einrichtungen gegeneinander ausspielen zu wollen - Kultur in Karlsruhe ist mehr als nur die Leuchttürme und es ist definitiv mehr als pressetaugliche Großevents. Kultur ist das Rückgrat einer stabilen Demokratie.

Wir denken Kultur und Soziales zusammen. Und ich möchte an der Stelle erwähnen, dass es Einrichtungen gibt, die durch den Haushaltsentwurf doppelt betroffen sind, namentlich

die Kindermalwerkstatt und der Werkraum, die beide kulturpädagogisch wertvolle Arbeit leisten. Auch gegen diese Kürzungen werden wir angehen. Im Sozialen werden insbesondere Eltern zur Kasse gebeten. Ich möchte gar nicht mehr allzu viele Worte zur – nun stufenweisen – Streichung des Geschwisterkindzuschusses verlieren. Die Weichen sind ja leider bereits gestellt. Aber das ist ja längst nicht alles. In Zeiten explodierender Mieten und Lebenshaltungskosten verhandeln wir zusätzlich über einen Wegfall der Ergänzenden Betreuung an Grundschulen, Preiserhöhung beim Mittagessen in Schulen, in der Kita, Erhöhung der Eintritte in Zoo und Bädern, bei den Sportvereinen, die die Kürzungen ebenfalls hart treffen werden, wird es sicher nicht günstiger. Kinder dürfen nicht zum Luxus werden.

Doch es trifft nicht nur die, die das Glück haben, sich organisieren und lautstark wehren zu können. Viele Punkte in dem Haushaltsentwurf werden auf dem Rücken von Menschen verhandelt, die keine Lobby haben oder schlicht nicht in der Lage sind, sich dagegen zu wehren. Ob Gewaltprävention oder Schulsozialarbeit, Kürzungen in der Geflüchtetenhilfe, bei den „frühen Hilfen“ oder der Wohnungslosenhilfe... Man weiß gar nicht, wo man anfangen soll.

Zwei Punkte möchte ich an dieser Stelle hervorheben: Zum einen das vergleichsweise kleine, aber wertvolle „muttersprachliche KiTa-Lots*innen“-Projekt der AWO, das komplett gestrichen werden soll. Die SJB meint, ihre Fachkräfte könnten sich ja stattdessen um die Vermittlung von Kita-Plätzen kümmern. Allerdings ist dieses Projekt weit mehr als nur Vermittlung: es geht um Begleitung, Onboarding im Kita-Alltag, um Sprachvermittlung bei Elterngesprächen, Hilfe bei Sprachkursen und bei der Jobsuche – das ist eine breite, und unverzichtbare Integrationsmaßnahme.

Und zum anderen die Eingliederungshilfe. Das neu geschaffene Bundesteilhabegesetz hat die Eingliederungshilfe reformiert, welche die Inklusion von Menschen mit psychischen Erkrankungen, Sucht oder Behinderungen gewährleisten soll. Für die Umsetzung sind wir als Kommune verantwortlich. In einem solch fundamentalen Pfeiler unseres Sozialsystems soll nun eine „Rationalisierung“ der Fallsteuerung erfolgen. Die einzusparende Summe beläuft sich auf satte 3,6 Millionen. Wir stellen uns nur eine Frage: WIE? Das ist nämlich keine „konkrete“ Summe, das ist lediglich eine Einschätzung, was man einsparen könnte, wenn... ja..., wenn was? Das kann mit Verlaub die Verwaltung so weder vorgeben, noch fachlich wirklich einschätzen. So könnte man fast meinen, dass hier mehr oder weniger indirekt dazu aufgefordert wird, Menschen weniger Hilfe zukommen zu lassen, als sie benötigen - und als ihnen per Gesetz zusteht.

Sollte sich diese Kürzungsmaßnahme in die Richtung entwickeln - wovon bei der Größenordnung fast auszugehen ist - wäre das nicht weniger als ein Skandal. Und das ist kein persönliches oder besonders „linkes“ Empfinden, sondern das wäre ein Rechtsbruch. Wir werden beantragen, in diesem Bereich nicht zu kürzen; wir fordern aber gleichzeitig einen engen, regelmäßigen Austausch zwischen der Verwaltung und den Trägern, um Missstände identifizieren und rechtzeitig gegensteuern zu können.

Generell ist zu sagen: Die Folgekosten durch die Kürzungen im sozialen Bereich sind nicht bezifferbar und werden aller Voraussicht nach wesentlich höher sein, als die Summe, die wir hier einzusparen versuchen. Das gilt in großen Teilen auch für anderen Bereiche dieses Haushalts: Was weg ist, was wir an gewachsenen Strukturen und Initiativen verlieren,

kommt so schnell nicht wieder. Und das wird teuer. Monetär und gesellschaftlich.

Zu Anfang hatte ich erwähnt, dass die geplanten Kürzungen alle treffen, auch marginalisierte Gruppen. Angefangen mit Menschen mit geringem Einkommen, denn auch die Gebühren und Eintritte für Inhaber*innen des Karlsruher Passes sollen erhöht werden. Das tragen wir nicht mit. Hohe KiTa-Gebühren und eine zusätzlich drohende eingeschränkte Betreuung führen nicht nur zu massiven finanziellen Belastungen für Familien, sondern sind auch ein Angriff auf die Gleichstellung. Wenn Betreuung unbezahlbar wird, zahlen Frauen den Preis: mit gekürzten Arbeitszeiten, geringeren Löhnen und erhöhtem Risiko für Altersarmut.

Die queere Community: Die im letzten Doppelhaushalt erkämpfte Förderung des komplett ehrenamtlich getragenen queerKastle steht ebenfalls auf der Liste. Nicht nur, dass die ursprüngliche Summe sich planmäßig verringern soll, nein, zusätzlich sollen weitere 1400 EUR wegfallen. Das würde das Aus des Zentrums bedeuten. Auch das ist mit uns nicht zu machen. In Zeiten zunehmender queerfeindlicher Angriffe gilt es, diesen wichtigen Safe Space zu erhalten und zu schützen. Und wenn es für Karlsruhe nicht nur ein Feigenblatt sein soll sich mit dem Regenbogen zu schmücken, sollte die Stadt dies mit Unterstützung zum Ausdruck bringen.

Migrant*innen und von Rassismus Betroffene: Werfen wir doch bitte mal einen Blick auf den aktuell vorherrschenden Diskurs in den Medien, auf die von Rechtsaußen inszenierte und den Regierungsparteien leider wiedergekäute Migrationsdebatte und die zunehmende Bedrohung unserer Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund und andere von Rassismus Betroffene.

Dass man in diesen Zeiten allen Ernstes auf die Idee kommt, die „Wochen gegen Rassismus“ auf die Kürzungsliste zu setzen – und zwar in vollem Umfang – sendet ein verheerendes Signal und ist für uns inakzeptabel.

„Dafür ist kein Geld da“. Diesen Satz haben wir im vergangenen Jahr oft gehört. Doch, das Geld ist da. Es ist nur falsch verteilt. Das haben mittlerweile auch Menschen anderer Parteien erkannt. Übrigens sogar die Wirtschaftsweisen und das ist keine besonders „linke“ Bande. Aufgaben sollen auf den Prüfstand gestellt werden. Auch diesen Satz haben wir oft gehört. Doch was wird wirklich auf den Prüfstand gestellt und wo wird der Rotstift angesetzt? Es wird beklagt, dass Sozialausgaben und Personalkosten gestiegen seien. Das ist richtig. Aber wir dürfen ganz besonders diese Ausgaben nicht als „Belastung“ darstellen. Das sind wichtige und nötige Ausgaben für eine soziale Stadt. Wir betrachten nur selten kritisch, welche Entscheidungen wir insbesondere in Bezug auf Großprojekte treffen. Ja, das betrifft den Investitionshaushalt. Am Ende ist Geld aber Geld. Und wenn wir uns die lange Liste der dringend nötigen Schulsanierungen anschauen, die immer weiter in die Zukunft geschoben werden, sollten wir weniger über Aufgabenkritik sprechen, sondern Entscheidungskritik betreiben. Wir müssen uns an die eigene Nase fassen, Beschlüsse überdenken und revidieren.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Worte zu den Demonstrationen und Protesten verlieren. Demonstrationen sind Teil der Demokratie. Ein wesentlicher sogar. Demonstrationen sind gelebte Demokratie. Das muss man akzeptieren und das muss man aushalten. Und ich gehe einen Schritt weiter: Eigentlich sollten wir da draußen stehen. Vielleicht nicht

unbedingt vor dem eigenen Rathaus, sondern in Stuttgart oder in Berlin.

Kein Begriff wurde in den letzten Wochen mehr strapaziert als das Konnexitätsprinzip und dessen Verletzung. Es kam auch immer wieder Kritik an der generellen finanziellen Ausstattung der Kommunen. Dem schließen wir uns an. Wir fordern einen Schuldenschnitt für die kommunalen Haushalte und nauskömmliche Finanzierung der Städte und Gemeinden.

Aber die Situation ist nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Es ist eine Abwärtsspirale die absehbar war. Das wissen wir alle. Und das beklagen wir alle. Und an der Stelle hätte ich dann doch Fragen: Liebe CDU, liebe Grüne, wer ist denn seit Jahren in der Landesregierung? Liebe SPD, wer führte bis vor Kurzem noch die Bundesregierung an und lässt sich jetzt leider auf Bundesebene vom Kanzler und seiner von der AfD getriebenen, Politik des „nach unten Tretens“ um den Finger wickeln?

Es werden Milliardenpakete für Aufrüstung geschnürt, Steuergeschenke für Unternehmen gemacht und in Weltraum-Sicherheitsquatsch investiert, die Kommunen werden aber am ausgestreckten Arm ausgehungert. Niemand in diesem Raum ist so naiv zu glauben, dass es sich mit dieser mittlerweile vierten Runde der Haushaltssicherungen erledigt hat und wir in zwei Jahren nicht wieder hier sitzen und uns Sätze wie „ja, es ist schmerzhaft, aber wir müssen ja...“ oder „es ist leider alternativlos“ anhören werden, während die Schrauben bei Sozialleistungen, in der Kultur, im Klimaschutz und im Personal noch enger gedreht werden.

Das können und wollen wir Linke nicht mehr akzeptieren. Wir können nicht alles haben. Und wir brauchen auch nicht alles. Aber wir müssen uns einig sein, was wir brauchen. Und in Zeiten eines massiven Rechtsrucks ist das eine funktionierende, stabile und solidarische Stadtgesellschaft; eine die sich ernst genommen fühlt – die ernst genommen wird, und nicht vor Frust resigniert. Denn genau das bereitet einen Nährboden, von dem nur eine Seite profitiert. Wir müssen wieder in die Lage kommen, Zukunft im Sinne dieser Stadtgesellschaft gestalten zu können, statt sie nur zu verwalten. Und wir als Linke sind davon auch überzeugt, dass das nicht alternativlos ist. Das ist alles eine Frage des politischen Willens. Danke.

(Beifall)

Stadträtin Döring (KAL), vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleg*innen der demokratischen Fraktionen, vor allem: liebe Menschen in Karlsruhe,

„Lust auf Stadt“ – vielleicht erinnern Sie sich – war einige Wahlkämpfe lang das Eröffnungsplakat der Karlsruher Liste. „Lust auf Stadt“, Lust unsere Stadt, Karlsruhe, mitzugestalten. Stadtleben lebenswert zu machen – in all seiner Vielfalt und Buntheit, mit lauten und leisen Ecken, mit seinen schönen und nicht so schönen Seiten. Und vor allem, allen Menschen Teilhabe am Stadtleben zu ermöglichen. Doch diese „Lust auf Stadt“ verlangt uns in Zeiten knapper Kassen einiges ab.

„Niemand hier macht sich das einfach“ und „Keiner von uns will das“ sind seit einigen Monaten vermutlich die meistgesagten Sätze in diesem Gremium. Sie machen deutlich, wie schwer die anstehenden Entscheidungen zu treffen sind. Wie sehr auch wir von der Karlsruher Liste mit dem Doppelhaushalt ringen. Wir könnten es uns einfach machen und

sagen: Wir stimmen das alles nicht mit. Zu hart erscheinen die Einschnitte, die wir vor allem in den Bereichen Soziales und Kultur vornehmen sollen. Und: Verbauen wir uns nicht eine positive Zukunft, wenn wir bspw. im Klimaschutz aus Kostengründen nicht volle Power geben? Sollen sich doch die anderen um die schweren Entscheidungen kümmern. Schließlich lassen die Vertreter*innen anderer Parteien in Bund und Land die Kommunen im Regen stehen. Aber Schuldzuweisungen helfen nicht weiter. Einfache Antworten auf komplexe Probleme sind nicht ehrlich. Sie gefährden letztlich die Demokratie. An Bund und Land gerichtet, bekräftigen wir jedoch: Die Kommunen sind im demokratischen System die wichtigste demokratische Ebene. Entscheidungen, die wir hier fällen, treffen die Menschen unmittelbar, gestalten ihren Alltag. Wenn wir auf dieser „untersten“, aber eben direktesten Ebene harte Einsparungen vornehmen, die nicht nachvollziehbar sind für die Menschen in unserer Stadt, gefährden wir die Akzeptanz demokratischer Entscheidungen. Wenn die Kommunen nicht liefern können, weil Bund und Land uns finanziell nicht ausreichend ausstatten für die vielen Aufgaben, die wir übertragen bekommen, wie soll dann Vertrauen in die Entscheidungen auf Landes- oder Bundesebene entstehen?

Für Karlsruhe bedeutet das: Wir müssen mit den Menschen in Karlsruhe reden, erklären, um Lösungen ringen. Bei all den Einsparungen dürfen wir nicht vergessen, die Strukturen und die Lebensqualität für diejenigen zu erhalten, die hier ihren Alltag bestreiten, die auf unseren Straßen und Plätzen unterwegs sind, die hier in die Kita, die Schule, die Uni, zur Arbeit gehen.

Es ist keine zwei Jahre her, da standen wir alle hier auf den Märkten dieser Stadt und haben den Karlsruher*innen unser Angebot für die zukünftige Politik in Karlsruhe vorgestellt. Viele bunte Plakate säumten die Wegränder und warben um Wählerstimmen. Auch wir haben Plakate aufgehängt. Was die KAL für Karlsruhe will, zeigen diese Plakate. Und diese Themen werden wir im Doppelhaushalt besonders im Blick behalten.

„Modellstadt Inklusion“ ist das Plakat, auf das ich vermutlich am meisten angesprochen werde. Das mag mit meinen persönlichen Schwerpunkten zusammenhängen, aber auch sicher damit, dass „Inklusion“ gerade ein Modewort ist. Grundsätzlich eine gute Entwicklung: Allen Menschen unabhängig von ihrem individuellen Sein, Zugang zu allen Teilbereichen des täglichen und öffentlichen Lebens zu ermöglichen, ist der richtige Weg, Gesellschaft zu denken. Aber „Inklusion“ darf kein Deckmantel sein. Entscheidungen dürfen nicht über Menschen getroffen werden, sondern mit ihnen. Und egal zu welchen Systemveränderungen wir durch die geplanten Einsparmaßnahmen kommen, wir müssen im Blick haben, dass die individuellen Bedarfe gedeckt werden. Wir werden deshalb die Einsparungen im Bereich Eingliederungshilfe nicht mittragen. Wenn die Verwaltung selbst schreibt, dass eine „Verschlechterung der persönlichen Lebenssituation“ der Hilfeempfangenden daraus resultieren kann, ist das nicht der Weg, den unsere Fraktion mitgehen kann.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ist eine der größten und am stärksten wachsenden Ausgabeposten für die Kommunen. Gut so. Immer mehr Menschen wird dadurch umfassende Teilhabe ermöglicht. Deshalb sind diese Kosten kein nice-to-have. Hier geht es um die Würde Einzelner, um die Anerkennung von Vielfalt und um gesellschaftliche Teilhabe. Menschen mit Behinderung und ihre Familien stehen immer noch vor viel zu großen Herausforderungen und erleben enorme Belastungen. Inklusion in Schule, Kita, in der Gestaltung der Freizeit steht trotz aller positiven Entwicklungen noch ganz am Anfang. Deshalb: hier nicht nachlassen, keinen Cent und keine Personalstelle einsparen.

Und weil Inklusion bedeutet, allen Menschen, unabhängig von ihren persönlichen Ressourcen, Teilhabe zu ermöglichen, lehnen wir auch die geplanten Einsparungen bei AVDual ab. AV-Dual ist ein Bildungsgang, der sehr erfolgreich junge Menschen auf dem Weg in die Ausbildung begleitet. Wir wollen weiterhin jungen Menschen ermöglichen, mit der richtigen Unterstützung ihr berufliches Leben selbstständig und selbstwirksam zu gestalten.

Wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe von Familien ist eine „Verlässliche Betreuung in Kita und Hort“ – ein weiteres Plakat von uns. In beiden Bereichen der Kinderbetreuung stehen für die Familien große Veränderungen an. Grundsätzlich sind wir bei der KAL der Meinung, dass Bildung, auch frühkindliche Bildung, für die Familien beitragsfrei sein sollte. Aber: Solange das Land nicht seiner Verantwortung im Bereich Bildung nachkommt, werden wir das Ziel einer beitragsfreien Kita nicht erreichen. Die Karlsruher Liste geht den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg bei der Reduzierung der Geschwisterkindermäßigung ein Stück weit mit. Familien, die es sich leisten können, werden zukünftig höhere Beiträge zahlen als finanzschwächere Familien. Das finden wir richtig. Wichtig ist für uns, dass Familien mit mehreren Kindern und mittleren Einkommen, nicht die volle Beitragslast zu tragen haben. Die KAL wird sich deshalb für ein abgestuftes System einsetzen, dass diese Familien mit einem reduzierten Beitragssatz berücksichtigt. Ebenso beantragen wir, dass Familien mit drei oder mehr Kindern, die gleichzeitig in die Kita gehen, ab dem dritten Kind beitragsbefreit sind.

Die nächste Veränderung kommt im Bereich der schulischen Betreuung auf die Familien zu. Die Umsetzung des Ganztagsanspruchs für Grundschulkinder stellt die Stadt vor die Herausforderung, ihr Betreuungssystem in diesem Bereich neu zu planen. Das Konzept sieht eine breite Wahl an Betreuungszeiten vor und der Gemeinderat hat sich dafür eingesetzt, dass allen Kindern ein Mittagessen ermöglicht wird – unabhängig von der gewählten Betreuungsdauer am Nachmittag. Ganz klar für die KAL ist: Mit uns wird es keine Abstriche an diesem Konzept geben. Grundsätzlich: Im Bereich Bildung, bei Kindern und Jugendlichen zu sparen, beinhaltet immer die Gefahr, junge Menschen zu verlieren. Wir sollten uns als Gemeinderat deshalb sehr bewusst sein, dass wir es in der Hand haben, immer wieder gegenzusteuern.

Weichen richtig stellen – das bringt mich zu unserem Plakat „Kultur braucht Raum und Geld“. Einige Kulturinstitutionen stehen vor dem Aus, wenn die geplanten Kürzungen wie vorgeschlagen kommen. Wir riskieren die Substanz und die Vielfalt unserer Kulturszene. Kulturelle Angebote schaffen Räume, in denen Menschen zusammenkommen. Manchmal um sich zu amüsieren, oft aber auch, um sich mit den drängenden und nicht immer leichten Fragen unserer Gesellschaft, unserer Zukunft auseinanderzusetzen. Kultur kann neue Zugänge eröffnen, Verständnis schaffen, Blickwinkel verändern, tief berühren. Hier werden die Grundlagen unseres Wertesystems immer wieder hinterfragt, neu verhandelt oder sich ihrer versichert. Damit leistet die Kultur einen maßgeblichen Beitrag zu unserer Demokratie. Und deshalb ist die Entscheidung für die Kultur, für Kulturförderung immer auch eine Entscheidung für die Stärkung unserer Zivilgesellschaft. Viele kulturelle Angebote sind zudem Bildungsräume. Gerade Angebote für Kinder und junge Menschen können Ängste nehmen, Verständnis und Anerkennung füreinander schaffen und Vertrauen in demokratische Prozesse stärken. Wir haben in vielen Gesprächen erfahren, mit welcher großer demokratischer Überzeugung und Solidarität sich die einzelnen Institutionen dieser Aufgabe stellen. Und in der KAL haben wir uns lange überlegt, ob wir aus unserem Grundverständnis,

was Kultur leistet und wie unterfinanziert sie jetzt schon ist, überhaupt Kürzungen in diesem Bereich mittragen. Wir werden das teilweise tun, obwohl viele Kultureinrichtungen durch die dann auch sinkende Komplementärförderung des Landes die Einsparungen doppelt spüren werden.

Das Badische Staatstheater wird deutliche Einschnitte machen müssen. Und das wird sich mit diesem Doppelhaushalt nicht erledigt haben. Das Staatstheater hat ganz klar den Auftrag, konzeptuell umzudenken - und ist dabei schon auf dem Weg: mit weniger Budget, mit weniger Personal. Auch andere Institutionen wie das ZKM, das Tollhaus oder Substage werden die Kürzungen deutlich spüren. Es wird zu merklichen Einschnitten im Programm kommen – aber untergehen werden sie nicht. Diesmal nicht. Die Karlsruher Liste wird sich zudem für alle einsetzen, die durch die Kürzungen existentiell bedroht sind: das Sandkorntheater, die Alte Hackerei, dokka, das KOHL und andere. Auch Angebote, die sich konkret an Kinder und Jugendliche richten, wie die Kindermalwerkstatt oder Werkraum, wollen wir in ihrem Bestand und mit ihrem Angebot gesichert sehen.

Wir fordern deshalb nochmal den Kulturbürgermeister auf: Gehen Sie vor den Haushaltsberatungen ganz konkret mit den Mitgliedern des Kulturrings ins Gespräch! Kürzen Sie nicht alle gleich!

Unser Ziel muss sein, den Kultureinrichtungen auch zukünftig das Überleben zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten die Kultureinrichtungen die zweijährige Verschnaufpause nutzen, sich überlegen, wie sich einzelne umorganisieren oder neu aufstellen können. Und gleich im Januar 2026 muss mit der Erstellung eines Konzepts zur Kulturförderung angefangen werden, zusammen mit der Kulturszene, damit wir transparent und ehrlich in den nächsten Doppelhaushalt gehen können. Jetzt haben Sie ziemlich viel darüber gehört, welche Sparvorschläge wir nicht mitgehen werden. Und natürlich werden jetzt einige fragen, wo wollt ihr denn das Geld sonst einsparen? Und, dass wir schmerzhaft Einschnitte vornehmen müssen.

Okay: Thema schmerzhaft Einschnitte: Denken wir doch mal darüber nach, ob die Ortsverwaltungen noch zeitgemäß sind. Warum haben einige Stadtteile immer noch eine privilegiertere Teilhabe an Verwaltung und Stadtpolitik? Ließen sich hier nicht deutlich Synergie- und Einspareffekte erzielen?

Außerdem: Ist es sinnvoll im Bereich der Digitalisierung derart zu sparen? Sollten wir angesichts der massiven Kürzungen im Personalbereich nicht dringend Prozesse verschlanken und dann gleich durchgehend digital denken? Dafür braucht es entsprechende Kompetenzen, Kapazitäten und Anschubmittel. Denn: Ein ineffizienter analoger Prozess bleibt auch digital ein ineffizienter Prozess, wenn er nicht zuvor modernisiert wird. Wenn wir hier ordentlich investieren, werden wir an bestimmten Stellen deutlich sparen.

Und was ist mit unseren Investitionen? Wie Sie wissen, hat sich die Karlsruher Liste gegen die „Verlängerung der Turmbergbahn“ ausgesprochen. Keine Angst, das wird kein Nachtreten. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die demokratische Mehrheit in diesem Haus eine andere Entscheidung getroffen hat. Aber gerade angesichts der finanziellen Lage der Stadt, der gedeckelten Kreditaufnahme im Investitionshaushalt und der steigenden Zinsbelastungen für alle kommenden Ergebnishaushalte, sollten alle Großprojekte auf den Prüfstand gestellt und frühere Entscheidungen überdacht werden. Kosten, auch Planungskosten, für noch nicht gestartete und nicht zwingend notwendige Großprojekte sollten wir uns

sparen. Stecken wir das Geld lieber in die Sanierung oder den Neubau dringend notwendiger Schulbauprojekte.

Auch bereits begonnene Bauprojekte wie das Staatstheater müssen immer wieder auf den Prüfstand. Keine Frage: Das Theater muss fertig werden. Eine „Karlsruher Lösung“ mit Sparen am falschen Platz wird es mit der KAL nicht geben.

Und warum leistet sich die Stadt immer noch einen Kommunalen Ordnungsdienst, eine rein freiwillige Leistung? Polizeiarbeit und Sicherheit sind Landesaufgaben.

Bei all dem was wir heute gehört haben, kann man sich schon die Frage stellen: haben wir noch „Lust auf Stadt“? Ja, ganz klar ja! Denn die KAL ist überzeugt: „Vielfalt macht Stark“ – auch ein Plakat aus 2024. Ein buntes, lebendiges Karlsruhe wünschen wir uns. Dazu gehört die Förderung queeren Lebens genauso wie die Unterstützung der Bürgervereine. Ehrenamtliches Engagement in Sportvereinen, für Geflüchtete, in sozialen oder kulturellen Einrichtungen, im Stadtteil, für die Umwelt oder bei der Ausrichtung von Festen – ohne die vielen unterschiedlichen Menschen in Karlsruhe, die sich für unsere Gemeinschaft engagieren, geht es nicht. Aber ehrenamtliches Engagement braucht oft auch professionelle Unterstützung, braucht Hauptamt und Organisation. Deshalb müssen wir bei allen Kürzungen auch im Blick behalten, wie viel ehrenamtliches Engagement wir vielleicht gefährden.

Als Karlsruher Liste möchten wir das Leben für die Menschen in Karlsruhe weiter positiv gestalten: Gestalten - mit konkreten Maßnahmen: Wir brauchen eine gute Lösung für das Rheinstrandbad Rappenwört – bürgerschaftliches Engagement schafft hier gerade Perspektiven. Der Erhalt des Lichterfests im Stadtgarten scheint hingegen ohne Unterstützung nicht möglich.

Gestalten - mit dem Erhalt wichtiger Strukturen: Wir müssen die vielfältige und starke Kulturszene in Karlsruhe erhalten. Wir stehen für eine auch weiterhin starke soziale Stadt. Gestalten - mit dem Blick aufs Ganze: Die KAL setzt sich ein: für die Teilhabe aller Menschen, unabhängig ihrer körperlichen, kognitiven, ökonomischen oder kulturellen Unterschiede. Letztlich: Für die Stärkung der Demokratie.

Wir leben trotz aller Herausforderungen in einer großartigen, wunderschönen Stadt, mit vielen besonderen und einzigartigen Menschen. Und deshalb habe ich „Lust auf Stadt“.

(Beifall bei KAL)

Stadtrat Kalmbach (FÜR) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich habe das letzte Wort, welches Privileg. Vielen Dank Herr Oberbürgermeister.

Ich habe ein Bild mitgebracht, hier ist ein Apfelbaum. Sie wissen es, alle Apfelbäume müssen geschnitten werden. Wenn sie geschnitten werden, bringen sie mehr Frucht. Wenn sie nicht geschnitten werden, dann wird die Fruchtbarkeit weniger. Deswegen vergleiche ich es mit unserem Haushalt, mit unserem Zustand gerade aktuell. Wir müssen beschneiden, damit wir wieder gesund weiter wachsen können. Das Stützen ist zwingend nötig, nicht nur weil wir zu wenig Geld haben für manche alte Eigenschaften, sondern weil es in manchen Städten Wildwuchs gab. Da ist eine Idee, dort ist eine Idee und wir haben viele gute

Ideen, die wachsen wild und quer durcheinander. Das ist gut, wieder bisschen zurück zu kommen, um dann wieder neu anzusetzen. Ja, ich bin einverstanden damit zu sagen, dass Bund und Land uns zu wenig unterstützen, sie bestellen, bezahlen nicht. Da sind wir völlig einer Meinung. Natürlich stimmt es auch, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlechter sind und die Steuereinnahmen sind weniger geworden. Vollkommen einverstanden. Aber die Frage, die ich mir stelle, die habe ich nicht sehr oft gehört heute Abend: Wo liegt unsere eigene Verantwortung? Wo sind wir die Schuldigen, wo sind wir mitschuldig, mitverantwortlich dafür, dass die Dinge so geworden sind, wie sie geworden sind? Wenig davon gehört. Ich glaube das gehört dazu, dass wir verantwortlich umgehen mit unseren eigenen Entscheidungen. Wir sind in der Tat gezwungen, weil wir falsch gehandelt haben zum Teil, weil wir nicht richtig gehandelt haben. Deswegen müssen wir aufsparen, nicht nur weil der Bund oder weil das Land schuldig ist, es hängt auch an uns. Die Wahrheit tut manchmal weh.

Wir haben uns Projekte geleistet, die können sich andere wahrscheinlich nicht in 50 Jahren leisten, die wir uns geleistet haben. Sie waren immer teurer, viel, viel teurer als geplant. Wenn ich nur die Sanierung vom Staatstheater nehme, wenn ich die Kombilösung nehme, wenn ich das Wildparkstadion nehme, wenn ich die Stadthalle nehme, das sind allein 2,2 Milliarden Euro, 2,2 Milliarden. Jetzt höre ich schon die Spezialisten sagen, das ist ja unser Investitionshaushalt, unser Finanzhaushalt. Ich sage Ihnen aber, die Zinsen sind im Ergebnishaushalt, die Abschreibungen sind im Ergebnishaushalt, dann die Verlustausgleiche aus den Beteiligungen kommen dort rein und was kommt aus dem Ergebnishaushalt dann? Das Ergebnis ist das: Wir müssen sparen bei der Kultur, bei Sozialem und nach einem Bereich.

Diese Summen sind nicht das Ergebnis von höherer Gewalt, das sind unsere Entscheidungen. Ich möchte auf zwei Beispiele noch einmal genauer hinschauen, vielleicht habt ihr das alles von mir schon einmal gehört, aber Wiederholung schadet nicht. Ein Blick mal ins Wildparkstadion: Wir haben gesagt bekommen, in 33 Jahren ist das Ding abbezahlt und die Stadt hat keine Kosten mehr. Dann haben wir später erfahren, es sind 55 Jahre und die Stadt zahlt pro Jahr 7 Millionen drauf und mehr. Da frage ich mich, wo war der Fehler? Ich würde sagen, die Stadt hat sehr schlecht verhandelt und deswegen fordere ich an dieser Stelle auch Nachverhandlungen mit dem KSC, wenn es dem KSC wieder finanziell besser geht, dass mit dem KSC auch wieder neu verhandelt wird und man überlegt, ob da nicht tatsächlich mehr drin ist.

Mein zweites Beispiel ist das Badische Staatstheater. Wir zahlen 47 Millionen Euro, 47 pro Jahr für Betriebskostenzuschuss, für Sanierung und für den Neubau. 47 Millionen. Das bedeutet, dass jede Karte vom Betriebskostenzuschuss gesehen, vom Bund, von Stadt und Land mit 300 Euro bezuschusst wird, jede Karte. Ich schlage vor, wir machen eine Prioritätsverschiebung. Mein Vorschlag ist der, im Staatstheater, und da kommt der Landtag dazu, 2 Millionen zusätzlich ab 2027 wegzunehmen und diese geben wir der freien Kultur. Wir machen eine Prioritätenverschiebung und geben dies dem Sportverein, der jetzt so gerupft werden soll.

Kommen wir zur Verwaltung. Unsere Verwaltung hat in den letzten Jahren ständig mehr Aufgaben bekommen. Ursprünglich gabs mal die Daseinsfürsorge für Straßen, für Müllabfuhr und die wichtigen Dinge der Stadt, aber wir haben eine Liste von Aufgaben hinzugefügt und die Verwaltung musste natürlich aufgrund dessen wachsen, wachsen, wachsen.

Und dort wird dokumentiert, es wird protokolliert, es wird geprüft, es wird geschoben, Verantwortung wird für jene Institutionen hingeschoben, statt zu gestalten. Eine städtische Mitarbeiterin sagte zu mir: „Herr Kalmbach, wenn man uns als Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, wenn man uns machen ließe, dann würde vieles sehr viel einfacher und schneller gehen.“ Das ist nämlich ein entscheidender Satz. Ich fordere mehr Verantwortung für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, ich fordere kurze Entscheidungswege und Digitalisierung als Werkzeug, nicht als Selbstzweck. Herr Oberbürgermeister, die Frage geht an Sie, Sie haben die Aufgabe Strukturveränderung einzuleiten auch in den Entscheidungsebenen usw. Ich sage, wir brauchen weniger Aufgaben, weniger Bürokratie, dafür mehr Effizienz und Vertrauen. Vertrauen wir den Mitarbeitern doch zu, geben wir Ihnen das Vertrauen. Es wird Zeit, dass wir das tun, dass wir ihnen mehr Vertrauen geben.

Eine kurze Bemerkung zu den Finanzen. Wenn wir nicht mehr Schulden zulassen wollen, dann dürfen wir diese 200 Millionen pro Jahr nicht ausschöpfen. Das geht nicht. Wir haben einen Haushalt, der ist auf Kante genäht, das bedeutet der Haushalt 28/29 wird genauso aussehen wie jetzt. Wenn wir jetzt nicht Spielräume schaffen, wenn wir keine Spielräume jetzt schaffen

(Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Sie haben noch eine Minute)

Gut, keine Spielräume jetzt schaffen, dann werden wir auf Krisen nicht reagieren können, wir werden nicht flexibel sein können.

So dann mache ich Schluss. Herr Oberbürgermeister, Sie sprechen von einer Liste des Grauens, mag sein. Festzustellen ist jedoch, es geht uns immer noch sehr gut, wir haben eine tolle Stadt, wir haben tolle Menschen hier in dieser Stadt, funktionierende Strukturen, kreative Ideen und wirtschaftliche Innovation. Aber die beste Frucht um auf mein Bild zurückzukommen, die beste Frucht, die wir genießen können, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. Dieses Leben in den Kommunen, in den Stadtteilen, in den Quartieren, in den Nachbarschaften, das ist ja eigentlich die Frucht, denn je mehr wir gut zusammenhalten, je mehr wir miteinander freundlich umgehen, wenn eine Stadt ein freudiges Gesicht hat, dann werden wir wieder viele Früchte ernten können und ich lade alle ein, schmerzhaft Entscheidungen zu machen, aber nicht an dem was der Gemeinschaft dient. Dort gilt es zu investieren.

(Der Vorsitzende: Herr Stadtrat, Sie müssen zum Schluss kommen.)

Jawohl

(Der Vorsitzende: Sie sind schon drüber)

Ich danke für Ihre Großzügigkeit, danke. Gemeinsam lassen Sie uns das Beste für unsere Stadt suchen. Dankeschön.

(Beifall)

Der Vorsitzende: Lieber Herr Stadtrat Kalmbach, ich muss sie dennoch rügen, dass Sie hier solche Bilder verwenden, wir haben uns nach einer längeren Diskussion darauf geeinigt, dass es keine Präsentation gibt und ob die nun analog ist oder digital, ändert erstmal am

Grundsatz nichts. Ich habe hier schon die ersten Beschwerden, insofern gebe ich das einfach an Sie weiter.

Damit sind wie am Ende des Tagesordnungspunktes, ich darf mich insgesamt bei allen Rednerinnen und Rednern für die wirklich sehr ernst genommene Aufgabe, inhaltsschwere Reden und auch die entsprechend eingehaltene Zeit, bedanken und auch bei allen anderen für die Aufmerksamkeit. Ich glaube es war immer mucksmäuschenstill, es haben alle zugehört, das ist nicht selbstverständlich und dafür ganz, ganz herzlichen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
21. November 2025